

DIGITALES ARCHIV

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Vollrath, David

Book

Bergbau-Boom in Lateinamerika : Problemlagen, Konflikte und Regulierung

Reference: Vollrath, David (2014). Bergbau-Boom in Lateinamerika : Problemlagen, Konflikte und Regulierung. Berlin, Germany : Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. - FDCL.

This Version is available at:
<http://hdl.handle.net/11159/1985>

Kontakt/Contact

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel (Germany)
E-Mail: [rights\[at\]zbw.eu](mailto:rights[at]zbw.eu)
<https://www.zbw.eu/econis-archiv/>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

<https://zbw.eu/econis-archiv/termsfuse>

Terms of use:

This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence.

Bergbau-Boom in Lateinamerika

Problemlagen, Konflikte und Regulierung

David Vollrath





Herausgeber:
Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e. V. – FDCL
Gneisenaustraße 2a, D-10961 Berlin, Germany
Fon: +49 30 693 40 29 / Fax: +49 30 692 65 90
eMail: info@fdcl.org / Internet: <http://www.fdcl.org>

Autor: David Vollrath
Titelbild: Offener Goldtagebau Yanacocha in Cajamarca/Peru. (David Vollrath)
Layout: studio114.de | Michael Chudoba

Gefördert von Engagement Global im Auftrag des BMZ, der Stiftung Umverteilen und dem Solidaritätsfond der Hans-Böckler-Stiftung.



Mit freundlicher Unterstützung der LEZ Berlin.



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein das FDCL e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Diese Broschüre ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz (CC BY-NC-SA 4.0).



Bergbau-Boom in Lateinamerika

Problemlagen, Konflikte und Regulierung

David Vollrath

Dezember 2014

Abkürzungsverzeichnis

BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BGR	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
CSR	Corporate Social Responsibility
DERA	Deutsche Rohstoffagentur
EITI	Extractive Industries Transparency Initiative
EU	Europäische Union
FENCOMIN	Federación Nacional de Cooperativas Mineras de Bolivia
FDCL	Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika
FPIC	Free, Prior and Informed Consent
FTA	Free Trade Agreement / Freihandelsabkommen
GIGA	German Institute of Global and Area Studies
IDB	Inter-American Development Bank / Interamerikanische Entwicklungsbank
IFC	International Finance Corporation
IHK	Industrie- und Handelskammer
ILO	International Labour Organisation / Internationale Arbeitsorganisation
INEI	Instituto Nacional de Estadística e Informática / Peruanisches Statistikinstitut
IWF	Internationaler Währungsfonds
GSP	Generalised Scheme of Preferences / Allgemeines Zollpräferenzsystem der EU
OCMAL	El Observatorio de Conflictos Mineros de América Latina / Beobach- tungsstelle für Bergbaukonflikte in Lateinamerika
NGO	Non Governmental Organisations / Nichtregierungsorganisationen
RMI	Raw Material Initiative / Rohstoffinitiative
TLA	Tribunal Latinoamericano del Agua / Wassertribunal Lateinamerikas
TNU	Transnationale Unternehmen
UFK	Ungebundene Finanzkredite
UN	United Nations / Vereinte Nationen
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
WTO	World Trade Organisation / Welthandelsorganisation

Inhalt

1	Einleitung	6
2	Die zwei Gesichter des Extraktivismus in Lateinamerika	7
2.1	Der Extraktivismus als Entwicklungsmodell	7
2.2	Der neoliberale Extraktivismus	8
2.3	Vom „Washington Konsens“ zum „Rohstoff Konsens“	9
3	Europas Rohstoffhunger	11
3.1	Die Rohstoffstrategie der Europäischen Union (EU)	11
3.2	Deutschlands Platz an der Sonne	12
3.3	Deutsche Banken baggern mit	14
4	Mining-States: Wie der Bergbau die Staaten Lateinamerikas bestimmt	16
4.1	Der Bergbau bestimmt	16
4.2	Plündern und weg: Enklavenökonomie Bergbau	17
4.3	Informeller Bergbau – El Dorado der Abgehängten	18
5	Die sozial-ökologischen Konflikte um den Bergbau	20
5.1	Bergbau und Umweltprobleme	21
5.2	Kriminalisierung der Bergbaukritik	23
5.3	Konflikte um Demokratie und Teilhabe	25
6	Rohstoffpolitische Regulierungsinitiativen, zivilgesellschaftliche Kritik und Wege zu einer alternativen Rohstoffpolitik	27
6.1	Regulierungsinitiativen	27
6.2	Die Bergbau-Debatte in Lateinamerika	28
7	Schlussfolgerung	30
8	Literatur	32

1 Einleitung

Rohstoffe sind das Fundament einer ressourcenintensiven Weltwirtschaft, die einem ökonomischen Wachstumszwang folgt und dessen soziale und ökologische Kosten immer weiter steigen. Mineralische Rohstoffe wie Eisenerz, Kupfer und Gold, energetische Rohstoffe wie Erdöl und Kohle sowie Agrarrohstoffe wie Weizen, Kaffee und Palmöl bestimmen 70 Prozent des Welthandels¹ – ohne Rohstoffe würde das derzeitige globale Wirtschaftssystem nicht funktionieren. Und unser ökologisch nicht nachhaltiger, konsumorientierter und energieintensiver Alltag auch nicht.

In den letzten 70 Jahren wurden mehr Rohstoffe verbraucht als in der gesamten Menschheitsgeschichte zuvor. Vor allem in den letzten drei Jahrzehnten gibt es eine regelrechte Jagd auf die verbliebenen Förderstätten von Öl, Kohle und Metallen. Die leicht zu erschließenden natürlichen Depots mit großen Förderkapazitäten sind nahezu erschöpft. Neue Rohstoffquellen sind nur durch einen steigenden Energieaufwand und mit irreversiblen Umweltfolgen zu erschließen. Um neue Rohstoffe zu fördern, müssen immer mehr Rohstoffe eingesetzt werden – ein verhängnisvoller Kreislauf. Das zeigt sich insbesondere durch die Zunahme unkonventioneller Ölförderungen in der Tiefsee, von Teersanden oder beim Fracking. Ebenso verschiebt sich die Bergbaugrenze immer weiter in sensible Ökozonen wie Gletschergebiete oder den Meeresboden. Ein Grund dafür ist die Preisexplosion von mineralischen Rohstoffen wie Kupfer, Aluminium und Gold seit Beginn der 2000er Jahre, die seitdem, trotz einiger Schwankungen, auf einem hohen Niveau verharren.

Die Rohstoffe der Erde sind ungleich verteilt. 60 Prozent aller Mineralien und Erze werden in den Ländern des globalen Südens gewonnen. Von den weltweit zehn wichtigsten Exportländern mineralischer Rohstoffe liegt die Hälfte in Lateinamerika,² ein Drittel der globalen Bergbauaktivitäten findet dort statt.³ Im Bergbaubereich ist Lateinamerika die derzeit wichtigste Investitionsregion.⁴ Auf der Nachfrageseite importiert die Europäische Union weltweit die meisten Rohstoffe, wobei Deutschland zu den größten Verbrauchern von Aluminium, Kupfer, Kobalt, Nickel, Zinn und Zink gehört.⁵

Als wichtige Ressourcenexportregion rückt Lateinamerika daher zunehmend in den Fokus europäischer und deutscher Wirtschafts- und Rohstoffpolitik. Mit

Freihandelsabkommen und bilateralen Rohstoffpartnerschaften soll die Versorgungssicherheit mit Rohstoffen für die deutsche und europäische Industrie gesichert werden. Was sich im ersten Moment wie ein Win-win-Geschäft anhört, birgt auf dem zweiten Blick viele Probleme. Denn vom Bergbauboom in den lateinamerikanischen Ländern profitieren nur wenige – für den Großteil der Menschen ist er eher Fluch als Segen. Der Bergbau verursacht in den Abbauländern zahlreiche wirtschaftliche, soziale und ökologische Probleme. Die ressourcenreichen Länder können die Gewinne aus der Rohstoffförderung nur selten in gesamtgesellschaftlichen Wohlstand umwandeln. Anstatt den Abbauregionen Reichtum zu bringen, hinterlässt er Armut. Deshalb wehrt sich die Bevölkerung zunehmend gegen das Wirtschaftsmodell der Ressourcenausbeutung – in den lateinamerikanischen Staaten ist der Bergbau eine der Hauptursachen für soziale Konflikte.

Mit der vorliegenden Broschüre möchte das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL) einen orientierenden Überblick zu den Ursachen und Problemlagen des aktuellen Bergbaubooms in den lateinamerikanischen Ländern geben, aber auch Konzepte und Initiativen für eine nachhaltige Regulierung des Bergbausektors und eine alternative Rohstoffpolitik in den Blick nehmen.

1 EvB (2012): Des globalen Seehandels, der 80-90 Prozent des Welthandels ausmacht.

2 Eich/ Leonard (2012).

3 Ciuffoni/de la Vega (2013).

4 Consiglieri/Wilfredo (2012)

5 EvB (2012).



Die größte Steinkohlemine Lateinamerikas „El Cerrejón“ in Guajira/Kolumbien. (Santiago La Rotta/Flickr)

2 Die zwei Gesichter des Extraktivismus in Lateinamerika

2.1 Der Extraktivismus als Entwicklungsmodell

Seit der Kolonisierung ist die Ausbeutung und Inwertsetzung von mineralischen, energetischen und landwirtschaftlichen Rohstoffen ein prägendes Strukturmerkmal der lateinamerikanischen Ökonomien. Das damit verbundene wirtschaftliche Entwicklungsmodell, das vorrangig auf dem Abbau und dem Export von natürlichen Ressourcen basiert, galt als ein Zeichen der ökonomischen Unterentwicklung und der politischen Abhängigkeit Lateinamerikas. Befördert durch konstant hohe Rohstoffpreise auf den Weltmärkten hat sich diese Sichtweise jedoch im Laufe der letzten 20 Jahre verändert. Heute wird dieses extraktivistische Entwicklungsmodell in Lateinamerika als eine zukunftsweisende wirtschaftliche Strategie betrachtet und hat eine ganz neue Dynamik und Qualität bekommen, die alle Ebenen der lateinamerikanischen Gesellschaften überlagert und beeinflusst. Nach Jahrzehnten der wirt-

schaftlichen Marginalisierung rücken die Andenländer wegen ihres Reichtums an mineralischen Rohstoffen in den Fokus der globalen Investitionsflüsse und Kapitalinteressen.

Die argentinische Soziologin Maristella Svampa definierte den Extraktivismus als „jenes Akkumulationsmodell, dass auf einer übermäßigen Ausbeutung immer knapper werdender, meist nicht erneuerbarer, natürlicher Ressourcen beruht, sowie auf die Ausdehnung dieses Prozesses auch auf Territorien, die bislang als ‚unproduktiv‘ galten.“⁶ Charakteristisch für das extraktivistische Wirtschaftsmodell ist zudem, dass es hauptsächlich auf den Export von unverarbeiteten Rohstoffen und eine Integration in den Weltmarkt abzielt.⁷ Eine der vorherrschenden Formen des Extraktivismus in den Andenländern⁸ ist der Bergbau. Der Exportanteil von unverarbeiteten Rohstoffen dieser Länder lag 2011 bei 87,3 Prozent, der Großteil davon sind Bergbauprodukte.⁹

6 Svampa (2013).

7 Gudynas (2012c).

8 Argentinien, Bolivien, Chile, Ecuador, Peru, Kolumbien.

9 Brand/Dietz (2013).



Kohletransporter in der Mine „El Cerrejón“. (Santiago La Rotta/Flickr)

2.2 Der neoliberale Extraktivismus

Die von Svampa beschriebene kapitalistische Aneignungsstrategie nicht erneuerbarer Naturgüter hat sich in den lateinamerikanischen Staaten seit Mitte der 2000er Jahre zu zwei Modellen ausgeformt. Der klassische Extraktivismus ist Ausdruck eines neoliberalen Wirtschaftsmodells, das sich seit Anfang der 1990er Jahre in der Ära des „Washington Konsens“ mit den Strukturanpassungsprogrammen von Weltbank und IWF in Lateinamerika etablierte. Unter dem Motto „Alle Macht dem Markt“ forderte der IWF von den lateinamerikanischen Ländern eine weitreichende Deregulierung der Wirtschaftsstrukturen und eine Exportorientierung für die Gewährung günstiger Konditionen bei der Zins- und Schuldentrückzahlung.

Als Folge der Liberalisierungspolitik gewannen transnationale Unternehmen insbesondere aus den nordamerikanischen und europäischen Industriestaaten eine zentrale Bedeutung bei der Ausbeutung und Kapitalisierung von Rohstoffen in Lateinamerika, vor allem im Bergbausektor. Der Staat hat beim klassischen Extraktivismusmodell lediglich eine funktionale Rolle. Er soll den Unternehmen optimale Investitionsbedingungen garantieren und dieses Wirtschaftsmodell innergesellschaftlich absichern.¹⁰ Geprägt ist das klassische Extraktionsmodell also durch neoliberale Politikmuster wie Privatisierung, Transnationalisierung, Deregulierung und eine passive Rolle des Staates bei der Gewinnung und beim Export der Rohstoffe.¹¹ Der Staat stellt die Extraktionsterritorien zur Verfügung und sorgt mit seinem Gewaltmonopol für die Eindämmung sozialer Konflikte.

Ziel dieser Wirtschaftspolitik ist es, über geringe Steuersätze und Exportabgaben sowie niedrige Sozial- und Umweltstandards ein ökonomisches Klima zu schaffen, dass immer mehr ausländisches Kapital im Bereich der Ressourcenausbeutung generiert und so zu einer stetigen Reproduktion und Konsolidierung des extraktivistischen Entwicklungsmodells führt. Länder die das klassische Extraktionsmodell als Entwicklungspfad adaptiert haben, sind Chile, Mexiko, Kolumbien und Peru.

Aufgrund des Ausverkaufs der nationalen Ressourcen, der Privatisierung und Deregulierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen durch korrupte Eliten bildeten sich zu Beginn der 2000er Jahre in vielen Ländern

Washington Konsens

Der Begriff „Washington Konsens“ wurde 1990 von dem britischen Ökonomen John Williamson geprägt und umfasst wirtschaftliche Reformmaßnahmen, die der IWF und die Weltbank den lateinamerikanischen Staaten nach deren Schuldenkrise in den 1980er Jahren verordneten. Zum neoliberalen Politikkonzept des Washington Konsens gehören Liberalisierung der Handelspolitik, Privatisierungen, Exportorientierung und Senkung der Staatsausgaben z. B. im sozialen Bereich, um eine verbesserte internationale Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Einer der schärfsten Kritiker des Washington Konsens ist der ehemalige Chefökonom der Weltbank Joseph E. Stiglitz.

¹⁰ Dietz (2013).

¹¹ Brand /Dietz.

Transnationale Unternehmen

Transnationale Unternehmen (TNU) bestehen aus einer Muttergesellschaft und mehreren Tochterfirmen im Ausland. Dabei muss die Beteiligung des Mutterunternehmens an der ausländischen Firma mindestens 10 Prozent der Stammaktien betragen. TNU steuern ihre Investitionen global, können ihre Produktionsstandorte bei auftretenden Investitionsrisiken leichter verlegen als nationale oder regionale Unternehmen sowie ihre Gewinne in Länder verlagern, in denen die Steuerlast geringer ist. Aufgrund des globalen Aktionsradius von TNU weisen diese in der Regel nur eine geringe Standortbindung auf. Die zwanzig größten TNU des Jahres 2013 stammen alle aus Industriestaaten. Unter den 100 größten TNU befinden sich acht Bergbauunternehmen.¹²

Lateinamerikas soziale Gegenbewegungen heraus, die forderten, die neoliberalen Reformen rückgängig zu machen und ein neues, plurales Wirtschaftsmodell zu etablieren. Dieses sollte weniger abhängig vom Rohstoffexport sein, die enorme Macht ausländischer Unternehmen einschränken und die staatliche Teilhabe an den Rohstoffgewinnen vergrößern. Zudem sollte der Staat wieder einer aktiveren Rolle in der Politikgestaltung übernehmen und den nicht-privatwirtschaftlichen Sektor stärken.¹³ Im Zuge dieser gesellschaftlichen Pro-

zesse kam eine Reihe von progressiven Regierungen an die Macht, die eine größere Kontrolle des Staates über die Ressourcenaneignung und eine Umverteilung der Gewinne aus dem Rohstoffabbau versprachen. Dieser post-neoliberale oder neo-extraktive Politikansatz hatte zum Ziel, die gewonnenen Mehreinnahmen in die Diversifizierung der Wirtschaftsstrukturen zu investieren und Sozialprogramme zu finanzieren. Der politische Linksruck in Venezuela und Brasilien beeinflusste auch das politische Geschehen in den Andenländern. Neue Linksregierungen in Argentinien, Ecuador und Bolivien versprachen politische Maßnahmen einzuleiten, um die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Abbau und Export von Rohstoffen zu verringern.

2.3 Vom „Washington Konsens“ zum „Rohstoff Konsens“

Die neuen Regierungen verabschiedeten verschiedene Sozialprogramme für Gesundheit und Bildung und nahmen eine partielle Umverteilung der Rohstoffeinnahmen vor. Doch auch in Ecuador und Bolivien, wo der post-neoliberale Transformationsprozess mit neuen Verfassungen des „Guten Lebens“ (Buen Vivir), neu ausgehandelten Verträgen und höheren Gewinnsteuern für Bergbauunternehmen politisch am deutlichsten verfolgt wurde, hielten die Regierungen am einseitigen Wirtschaftsmodell des Rohstoffabbaus fest. In den Abbauländern dienten die Sozialprogramme und höheren Abgaben den Regierungen nun zur Rechtfertigung und

12 16. ArcelorMittal, 32. Xstrata PLC, 34. Anglo American plc, 41. Rio Tinto PLC, 43. BHP Billiton Group Ltd, 61. Vale SA, 62. Barrick Gold Corporation, 100. Alcoa Inc.
13 Gudynas (2012a).



Bauernproteste gegen die Erweiterung des Bergbauprojekts Yanacocha in Cajamarca/Peru. (David Vollrath)

Legitimierung der extraktiven Wirtschaftsweise. „Wir müssen den Extraktivismus benutzen, um vom Extraktivismus wegzukommen“, erklärte der ecuadorianische Präsident den politischen Widerspruch,¹⁴ der auch für andere Regierungen der neo-extraktivistischen Länder gilt. Obwohl in den post-neoliberalen Staaten größere Bevölkerungsgruppen von den Gewinnen der Rohstoffförderung profitieren, unterscheiden sich die Methoden Bodenschätze zu fördern und zu regulieren nur wenig von denen der konservativen Regierungen. Die Menschen in den Abbaugebieten tragen weiterhin die sozialen und ökologischen Kosten des Bergbaus und werden ihres Mitspracherechts beraubt und gezwungen, meist ohne ausreichende Entschädigung, ihr Land zur Verfügung zu stellen und ihre wirtschaftlichen Lebensgrundlagen aufzugeben.

Deshalb wird die Rohstoffpolitik der neo-extraktiven Staaten auch von sozialen Bewegungen und Teilen der Bevölkerung kritisiert, da sie weiterhin hohe soziale und ökologische Kosten verursacht. Trotz der versuchten Reformprozesse in einigen lateinamerikanischen Ländern zur Abkehr vom neoliberalen extraktivistischen Entwicklungsmodell, wurde die mono-ökonomische Politik der Rohstoffausbeutung weiter konsolidiert und ausgebaut. Der „Washington Konsens“ der 1990er Jahre wurde in den lateinamerikanischen Staaten unterschiedlicher politischer Couleur mittlerweile durch den „Rohstoff Konsens“ ersetzt, wie die Soziologin Svampa feststellte.¹⁵ Vor allem die Andenländer haben sich zu regelrechten Bergbauländern entwickelt, in denen alle

politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen auf diesen Wirtschaftszweig ausgerichtet sind.

Die Gründe dafür liegen vor allem am Weltmarkt. Mit seiner steigenden Nachfrage nach Rohstoffen bei konstant hohen Preisen, wird die Ausbeutung der Naturressourcen weiter forciert. Noch vor China ist Europa der größte Abnehmer lateinamerikanischer Rohstoffe und somit Treiber des Bergbaubooms in den Andenländern. Politische Maßnahmen der EU und Deutschlands sollen diese Verbindungen noch vertiefen und den europäischen Unternehmen einen besseren Zugriff auf die Ressourcen Lateinamerikas garantieren.

Buen Vivir

Das „Gute Leben“ oder in Quechua „Sumak Kawsay“ beruft sich auf die Lebensweise indigener Völker im Andenraum. Im Zentrum dieses Konzeptes steht ein Leben in Harmonie mit der Natur. In den neuen Verfassungen von Bolivien und Ecuador von 2006 und 2008 wurde das „Recht auf ein gutes Leben“ verankert. Die Natur wurde erstmals als eigenes Rechtssubjekt anerkannt und die BürgerInnen erhielten einen Rechtsanspruch auf eine gesunde natürliche Umwelt. Doch diese verfassungsrechtliche Garantie gilt es nun umzusetzen und sie führt nicht selten zu weiteren Streitigkeiten zwischen Regierung und Bevölkerung.

14 Brand/Dietz.

15 Svampa (2013).



Lagune Namococha im Andenhochland von Cajamarca/Peru. Das natürliche Wasserreservoir soll für die geplante Conga-Mine zerstört werden. (grufidesinfo.blogspot)

3 Europas Rohstoffhunger

3.1 Die Rohstoffstrategie der Europäischen Union (EU)

Die Europäische Union ist der weltweit größte Nettoimporteur von Rohstoffen. Um den steigenden Bedarf der europäischen Industrie nach Rohstoffen abzusichern, bei denen Versorgungsengpässe befürchtet werden, möchte die EU neue Rohstoffmärkte erschließen und bestehende Handelsverbindungen vertiefen.

Auf Initiative und unter Beteiligung der europäischen Metallindustrie¹⁶ entwickelte die EU 2008 die Europäische „Rohstoffinitiative“ (Raw Material Initiative, RMI) und 2011 ein Strategiepapier mit dem Hauptziel, den dauerhaften Zugang zu Rohstoffen auf den Weltmärkten zu sichern. Denn die Erschließung von Bodenschätzen innerhalb der EU stünde zunehmend in Konkurrenz mit anderen Landnutzungen und unterliege Beschränkungen durch das Umweltrecht, erklärt die Europäische Kommission auf ihrer Internetseite.¹⁷ Stattdessen verlagert die EU mit einer globalen Rohstoffagenda mögliche Landnutzungskonflikte und Um-

weltprobleme im Kontext der Ressourcenförderung in andere Weltregionen. Ein weiteres im Strategiepapier erwähntes Ziel ist die Senkung des Rohstoffverbrauchs in Europa. Doch kann dieses Ziel angesichts eines stetig steigenden Ressourcenverbrauchs im Rahmen einer auf permanentes quantitatives Wachstum ausgerichteten Wirtschaftspolitik nicht erreicht werden.

Im Verlauf der 2001 eingeläuteten und seit langen Jahren stagnierenden Doha-Welthandelsrunde der WTO, bei der sich die Schwellenländer gegen eine weitere Liberalisierung des Weltmarktes stellten, verstärkte die EU bilaterale und biregionale Verhandlungen mit Entwicklungsländern, um ihre Liberalisierungsagenda durchzusetzen.

In diesem Kontext der Rohstoffabsicherung und der Erschließung neuer Märkte für die europäische Industrie steht auch das Freihandelsabkommen mit Peru und Kolumbien. Bereits vor dem Handelsvertrag gab es eine klassische postkoloniale Handelsstruktur zwischen der EU und diesen südamerikanischen Ländern. Fast 90 Prozent der Einfuhren aus den beiden Ländern in die EU sind unverarbeitete Rohstoffe, von der EU erhalten sie hingegen zu knapp 90 Prozent verarbeitete Güter.¹⁸ Die von der EU geforderte Handelsliberalisierung im Freihandelsvertrag ist so weitreichend, dass andere südamerikanische Länder wie Venezuela, Ecuador und Bolivien 2009 aus den Verhandlungen mit der EU ausgestiegen sind, da sie erhebliche wirtschaftliche und soziale Nachteile befürchteten.¹⁹ Vier Jahre später gelang es der EU Ecuador wieder an den Verhandlungstisch zu bringen – indem politischer Druck ausgeübt wurde. Durch eine Reform des Allgemeinen Zollpräferenzsystems (GSP) der EU wären mit Beginn 2015 für Ecuador keine zollvergünstigten Exporte in die EU mehr möglich gewesen. Da die beiden Nachbarländer Kolumbien und Peru mit ähnlicher Exportstruktur bereits ein Handelsabkommen mit der EU geschlossen hatten, geriet Ecuador in Zugzwang, um nicht vom europäischen Markt verdrängt zu werden. Obwohl sich die Regierung anfänglich gegen das Handelsabkommen mit der EU aussprach, weil es nicht mit dem in der ecuadorianischen Verfassung festgelegten Entwicklungsmodell in Einklang zu bringen sei,²⁰ schließt sich

WTO: Doha Runde, Singapur Themen, biregional vs. multilateral

Die Welthandelsorganisation (WTO) ist eine multilaterale Organisation, die versucht auf globaler Ebene Handelsstandards durchzusetzen, die für alle Mitgliedsstaaten gelten. Mit der Doha-Runde stockt dieses Vorhaben seit 2001. Die Entwicklungsländern wehren sich gegen eine weitere Liberalisierung ihrer Agrarsektoren, da die USA und Europas ihrerseits nicht bereit sind Agrarsubventionen abzubauen. Weitere Streitpunkte sind die von den Industriestaaten forcierten Singapur-Themen, die eine erweiterte Zuständigkeit der WTO bei Investitionen, Wettbewerb, Handel und öffentliche Beschaffung vorsehen. Mit dem Scheitern der multilateralen Doha-Runde gingen die Industriestaaten dazu über, ihre globale Liberalisierungsagenda mit bilateralen bzw. biregionalen Handelsabkommen durchzusetzen.

16 Svampa (2013).

17 http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/index_de.htm

18 Lambert (2012).

19 Fritz (2010).

20 Schreiben des Botschafter an den Außenminister Ricardo Patino, vom 16.12.2011, siehe: <https://netzpolitik.org/2014/eu-versus-ecuador-geheime-dokumente-zeigen-wie-bei-verhandlungen-von-freihandelsabkommen-druck-gemacht-wird/>

das Land jetzt dem Abkommen der EU mit Kolumbien und Peru an. Auch wenn Ecuador einige Sonderkonditionen im Handelsabkommen durchsetzen konnte und dieses noch vom Parlament ratifiziert werden muss, fürchten Kritiker wie der ehemalige Vizekanzler des Landes, Kintto Lucas, einen Rückschlag für das alternative Entwicklungsmodell der „Bürgerrevolution“ und einen Sieg neoliberaler Wirtschaftsinteressen.²¹

Bürgerrevolution Ecuador

Das Konzept der „Bürgerrevolution“ umfasst eine Reihe von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Reformen der Regierung von Rafael Correa, die 2007 gewählt wurde. Vor allem die Verbesserung der Sozialstruktur, des Erziehungs- und Gesundheitswesens sowie eine Stärkung staatlicher Strukturen standen im Mittelpunkt der Reformen. Die neue Entwicklungsstrategie hat zum Ziel, wirtschaftliches Wachstum im Einklang mit den Menschen und ihrer natürlichen Umwelt zu erreichen.

Durch die weitere Liberalisierung der Handelsbeziehungen soll den Europäischen Unternehmen ein weitreichender Zugang zu den fossilen, landwirtschaftlichen und mineralischen Ressourcen Perus, Kolumbiens und Ecuadors gesichert werden. Im Vertrag sind u. a. Ausfuhrsteuern für Rohstoffe verboten, obwohl diese wichtige Mehreinnahmen für exportabhängige Staaten sind, um ihre eigenen Entwicklungsziele umsetzen zu können. Der vertraglich festgelegte freie Kapitalverkehr ermöglicht es nicht nur Unternehmen ihre Gewinne ins Ausland zu transferieren, sondern erschwert auch eine wirksame Kontrolle von Finanzflüssen. Angesichts der im Abkommen festgelegten strengen Investitionsregeln und der sog. Inländerbehandlung für europäische Unternehmen wird es für kolumbianische, peruanische und ecuadorianische Firmen zudem schwer, sich gegen die hochkapitalisierte und international agierende Konkurrenz zu behaupten. Bei Verstößen gegen die Handelsbestimmungen drohen empfindliche finanzielle Sanktionen.

Obwohl die Rohstoffausbeutung in den Abbauländern gravierende soziale und ökologische Probleme verursacht, wurde im Nachhaltigkeitskapitel des Freihandelsabkommens auf Sanktionsmöglichkeiten verzichtet. Es enthält weder ein Streitschlichtungssystem,

wie es für Handelskonflikte vorgesehen ist, noch einen Beschwerdemechanismus für von Rohstoffprojekten Betroffene oder für Umwelt- und Menschenrechtsgruppen.²² In einer Kampagne gegen das Freihandelsabkommen kritisierten 45 Menschenrechts- und Umweltorganisationen aus Europa, Peru und Kolumbien, dass ohne verbindliche Standards, Beschwerde- und Sanktionsinstrumente das Nachhaltigkeitskapitel nicht mehr als eine unverbindliche Willenserklärung ist.²³ Als Reaktion auf die Kritik am schwachen Nachhaltigkeitskapitel des FTA wurde vom Europaparlament eine zusätzliche „Roadmap“ zum Handelsabkommen ausgehandelt, bei der Kolumbien und Peru politische Maßnahmen zu einem besseren Menschenrechts- und Umweltschutz vorschlagen sollen. Die Roadmap soll einer regelmäßigen Prüfung des Europaparlaments unterliegen. *„Es gibt keinen Mangel an internationalen Selbstverpflichtungen und Empfehlungen. Es gibt einen Mangel an einer effektiven Umsetzung von Standards. Für uns ist nicht absehbar wie eine Roadmap das ändern soll, wenn es keine effektiven Sanktionsmechanismen gibt“*, schlussfolgerte Alexandra Huck von der NGO Kolko, Menschenrechte für Kolumbien e. V.²⁴

3.2 Deutschlands Platz an der Sonne

Nachdem die deutsche Politik das Thema Rohstoffe jahrelang vernachlässigt hatte, ergriff sie 2010 angesichts des sich zuspitzenden globalen Runs auf die mineralischen Rohstoffreserven und befördert durch den politischen Druck des deutschen Industrieverbands hektisch die Initiative auf europäischer und nationaler Ebene, um möglichen Versorgungsengpässen zu begegnen. Das Auswärtige Amt erklärte am 7. September 2010 die Rohstoffversorgung gar zu einer Frage der nationalen Sicherheit.²⁵ BDI-Präsident Ulrich Grillo

	Verwendung	Hauptherkunftsländer	Hauptverbrauchsländer
Gold	Schmuck, Elektroindustrie, Einzelhandel	China, Australien, USA, Südafrika, Russland, Peru	Indien, China, USA, Deutschland
Kupfer	Kabel, elektrische Spulen, Münzen	Chile, USA, Peru, Australien	China, USA, Deutschland, Japan
Zinn	Elektroindustrie, Beschichtung von Konservendosen	China, Indonesien, Peru, Bolivien	China, USA, Japan, Deutschland

Quelle: EvB (HG): Rohstoff. Das gefährliche Geschäft der Schweiz, 2012.

21 <https://www.diagonalperiodico.net/global/24183-la-ue-chantajeo-ecuador-para-firmase-tlc.html>

22 Zimmer (2011).

23 <http://fdcl-berlin.de/aktuelles/2013/kampagne-gegen-das-fta-eu-kolumbien-und-peru/>

24 <https://amerika21.de/audio/82828/freihandel-eu-peru-kolumbien>

25 Schwarz (2011).

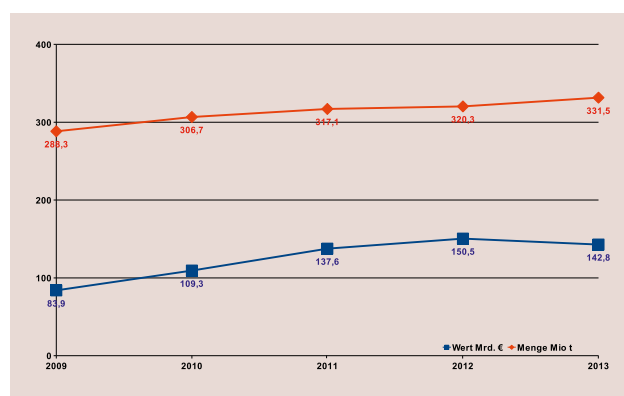
formulierte drastisch: „Nicht nur Öl und Gas, auch die nichtenergetischen Erze und Metalle sind für den Industriestandort Deutschland strategisch wichtig. Wenn wir kein Benzin mehr bekommen, fahren unsere Autos nicht mehr. Aber: Wenn wir keine Metalle mehr bekommen, brauchen wir kein Benzin mehr, dann haben wir keine Autos mehr!“²⁶ Parallel zur Europäischen Rohstoffstrategie erarbeitete die deutsche Regierung ein nationales Konzept für eine gesicherte Versorgung der heimischen Industrie mit mineralischen Rohstoffen. Auf Basis eines „intensiven Dialogs“ mit der Wirtschaft entwickelte das zuständige Bundeswirtschaftsministeriums (BMWi) seit 2007 Elemente eines eigenen Rohstoffplans, der 2010 in einem Strategiepapier veröffentlicht wurde.²⁷ Kernziele sind der Abbau von Handelshemmnissen sowie die Unterstützung der deutschen Wirtschaft bei der Erweiterung ihrer Rohstoffbezugsquellen. Dadurch soll die bedarfsgerechte Versorgung der Industrie mit mineralischen Rohstoffen gewährleistet werden, da dieser Wirtschaftssektor besonders abhängig von Importen ist. Der politische Alarmismus vermittelt den Eindruck, als ob der Industriestandort und Exportweltmeister Deutschland unmittelbar Gefahr laufe, von den globalen Rohstoffpöpfen ausgeschlossen zu werden. Dabei importierte Deutschland 2013 331,5 Millionen Tonnen Rohstoffe, ein Fünftel davon waren Metalle und Erze.²⁸ Bei den sechs wichtigsten Industriemetallen²⁹ gehört Deutschland weltweit zu den Hauptverbrauchsländern.³⁰ Seit 2009 ist der Import von Rohstoffen um 13 Prozent gestiegen.

Vor diesem Hintergrund setzte die deutsche Bundesregierung den Aufbau bilateraler Rohstoffpartnerschaften mit ausgewählten Produzentenländern auf Basis von Regierungsvereinbarungen als ein Instrument ihrer Rohstoffstrategie auf die Agenda. Als Leitgedanke soll die möglichst nachhaltige Förderung und Nutzung von Bodenschätzen in die Rohstoffpartnerschaften implementiert werden. Dass jedoch der politische Wille fehlt, Nachhaltigkeitskriterien zu verankern, zeigten die ersten Partnerschaftsabkommen mit der Mongolei und Kasachstan. In diesen wird der Vorsatz eines nachhaltigen und transparenten Wirtschaftens zwar erwähnt,³¹ es fehlen aber konkrete Referenzpunkte zu internationalen Menschenrechts- und Umweltstandards. Erst durch Kritik und öffentlichen Druck von entwicklungspolitischen Organisationen enthielt der Vertragstext des aktuellsten Rohstoffpartnerschaftsabkommens mit Peru

eine Bezugnahme auf internationale Menschenrechts- und Transparenzstandards. Allerdings handelt es sich dabei lediglich um unverbindliche Standards, die der Freiwilligkeit und dem guten Willen der ausführenden Unternehmen unterliegen. Die Rohstoffabkommen der Bundesregierung schaffen bisher keine Voraussetzungen, um die Bedingungen im Bergbau strukturell zu ändern und können daher weder zur Entwicklung in den Partnerländern noch zu einer sozial-ökologisch nachhaltigen Regulierung des Bergbausektors beitragen.³²

Vor dem bilateralen Rohstoffabkommen mit Peru, das im Juli 2014 unterzeichnet wurde, verfasste die Bundesregierung bereits eine Absichtserklärung zu einer rohstoffpolitischen Kooperation mit Chile. Zwangsläufig rückten südamerikanische Länder in den Fokus der deutschen Rohstoffstrategie, denn sowohl im Lateinamerika-Konzept der Bundesregierung als auch in Studien der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) wurde betont, wie wichtig die Ressourcen des Kontinents für die sichere Versorgungslage der deutschen Industrie seien. Die im Rahmen der Deutschen Rohstoffstrategie gegründete BGR stellte fest, dass 2012 mit 25 Prozent der weltweiten Investitionen in den Bergbau die höchsten Explorationsausgaben in Lateinamerika getätigt wurden, hauptsächlich in den Ländern Mexiko, Chile, Peru und Brasilien. So stammen bereits 2013 über 80 Prozent der deutschen Kupferimporte aus peruanischen, chilenischen sowie argentinischen und brasilianischen Minen, die hauptsächlich in der deutschen Elektronik- und Energieindustrie verarbeitet werden.³³

Was genau die Bundesregierung mit den Rohstoffabkommen bezweckt und welchen Stellenwert sie in der deutschen Rohstoffpolitik besitzen, bleibt nach wie



Rohstoffimporte Deutschland 2009–13 (Daten: BGR)

26 Grillo (2007).

27 BMWi (2010).

28 BGR (2012).

29 Aluminium, Kobalt, Kupfer, Nickel, Zink, Zinn.

30 EvB.

31 Rohstoffabkommen mit der Mongolei (2011) und Kasachstan (2012).

32 Dahlmann/Mildner (2012).

33 BGR (2013).

vor fraglich. Bisher gibt es viele Analysen des BGR zur Rohstoffsituation in potenziellen Partnerländern, aber die Verträge sind sehr allgemein gehalten und es mangelt an konkreten Umsetzungen. NGOs kritisieren daher auch die mangelnde Transparenz der Bundesregierung und des BDI, die bisher alle Rohstoffpartnerschaften ausgehandelt haben, ohne das Parlament und die Öffentlichkeit vorab zu informieren und einzubinden. Am 20. Juni 2014 lud das BMWi zwar VertreterInnen verschiedener NGOs ein, um über das Rohstoffpartnerschaftsabkommen mit Peru zu debattieren. Dieses Angebot war aber nicht mehr als ein Lippenbekenntnis zu mehr Transparenz, da es für die NGOs, nur wenige Tage vor der Unterzeichnung des Vertrags, keine Möglichkeit einer wirksamen Einflussnahme gab.³⁴ Auch peruanische Experten äußerten sich kritisch. „Die Rohstoffpartnerschaft zwischen Deutschland und Peru ist Ausdruck des Wunsches, mehr Zugriff auf Perus Rohstoffe zu erhalten; es wurde in Peru an den Organisationen der Zivilgesellschaft vorbei ausgehandelt“³⁵, beanstandete José de Echave, der ehemalige Vize-Umweltminister des Andenstaates die Verhandlungen. Da sich deutsche Unternehmen zu Beginn der 1990er Jahre aus dem Abbaugeschäft zurückgezogen hatten, versucht Deutschland über andere Instrumente der Rohstoffpartnerschaften, wie der Einrichtung von „Kompetenzzentren Bergbau“ in den Förderländern, deutschen Unternehmen einen verbesserten Zugang zu Rohstoffen und diversifizierten Lieferpotenzialen zu ermöglichen.

Kompetenzzentrum Bergbau

2012 richteten das BMWi, die deutsche Rohstoffagentur (DERA) und die Industrie- und Handelskammer (IHK) Kompetenzzentren für Bergbau und Rohstoffe in Chile und Kanada ein. Die Kompetenzzentren sind zuständig für die Umsetzung der deutschen Rohstoffstrategie in den Abbauländern. Sie vermitteln vor allem Kontakte und Aufträge für die deutsche Industrie, führen Marktbeobachtungen durch und organisieren Veranstaltungen mit Bezug zum Bergbau- und Rohstoffsektor. Die Arbeitsgruppen bestehen ausschließlich aus politischen und wirtschaftlichen VertreterInnen der beiden Regierungen. Zivilgesellschaftliche Gruppen sind in den Kompetenzzentren nicht vertreten.

Zudem schlossen sich Anfang 2012 zwölf deutsche Unternehmen³⁶ zur Allianz zur Rohstoffsicherung zusammen, um sich gemeinsam an Rohstoffprojekten im Ausland zu beteiligen. Es soll eine „global agierende, gewinnorientierte Rohstoffgesellschaft“ entstehen, deren Konzept vom BDI entwickelt wurde. Mit ungebundenen Finanzkrediten (UFK) der staatlichen deutschen Außenwirtschaftsförderung sollen zusätzliche Anreize geschaffen werden, direkt in Rohstoffvorhaben zu investieren. Nicht nur staatliche Finanzinstitutionen unterstützen damit den Run auf die Rohstoffe der Länder Lateinamerikas, auch private deutsche Finanzinstitute verdienen kräftig am Bergbauboom mit.

Ungebundene Finanzkredite (UFK)

Mit Garantien für ungebundene Finanzkredite unterstützt die Bundesregierung über öffentliche Gelder wirtschaftliche Projekte, die vor allem der Erhöhung der Versorgungssicherheit der deutschen Wirtschaft mit Rohstoffen dienen. NGOs kritisieren die geringe Transparenz und mangelnde demokratische Kontrolle bei der Vergabe der UFKs.

3.3 Deutsche Banken baggern mit

Banken und Finanzinstitutionen sind die wichtigsten Finanziere im Bergbaugeschäft, ohne deren Engagement die Realisierung vieler großer Projekte nicht möglich wäre. Unternehmen benötigen viel Startkapital für die Erforschung, Erkundung und Ausbeutung von Abbaugebieten sowie den Ausbau der notwendigen Infrastruktur zum und im Minengebiet. Finanzinstitute finanzieren Bergbauunternehmen über Anteile, Anleihen und Anlagefonds – und verdienen gut an diesen Geschäften. Recherchen der Non-Profit-Organisationen Bankwatch und Facing Finance listen unter den weltweit aktivsten Finanzinstituten im Rohstoffbereich den Allianzkonzern, die Commerzbank und die Deutsche Bank auf.³⁷

Alle drei Banken haben den UN Global Compact unterzeichnet und sich damit freiwillig verpflichtet, Menschenrechte und Umweltstandards in ihren Geschäftsbeziehungen zu respektieren und einzuhalten. Allianz und Commerzbank unterstützen zudem die Äquator Prinzipien für soziale und ökologisch verantwortliche Finanzgeschäfte. Artikel 5 der Äquator Prinzipien

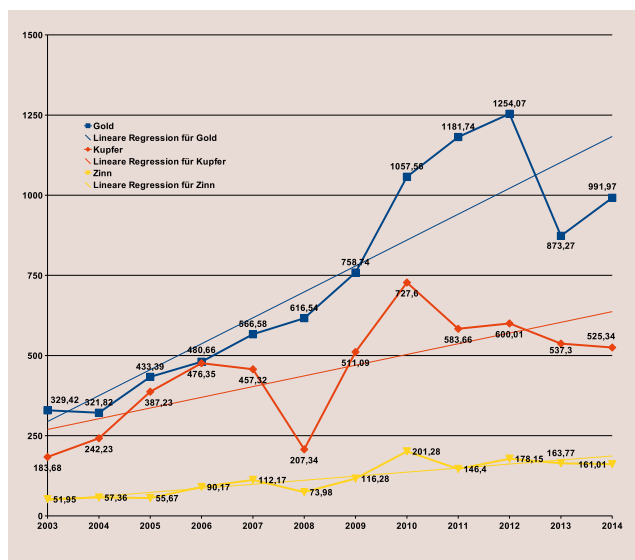
34 <http://www.fdcl.org/2014/06/rohstoffpartnerschaft-mit-peru/>

35 Henkel (2014b).

36 Aurubis, BASF, Bayer, BMW, Chemetall, Daimler, Evonik Industries, Georgsmarienhütte Holding, Bosch, Stahl-Holding-Saar, ThyssenKrupp und Wacker Chemie.

37 Facing Finance (2012).

schreibt unter anderem vor, dass von Wirtschaftsprojekten betroffene Gemeinden in einer „kulturell angemessenen Weise“ konsultiert werden müssen. Die Investitionsportfolios der drei Banken im Rohstoffbereich konterkarieren jedoch ihre eigenen Richtlinien. Alle sind über verschiedene Finanzierungsinstrumente am kanadischen Bergbaukonzern Barrick Gold Corp. beteiligt, der wegen seiner langen Geschichte von schweren Menschenrechtsverletzungen und Umweltverstößen in Lateinamerika und anderen Weltregionen aus den Investmentfonds von zehn anderen Finanzinstituten gestrichen wurde.³⁸ Mit Anglo American, BHP Billiton und Glencore finanzieren deutsche Finanzinstitute Bergbauunternehmen,³⁹ denen Gewalt gegen BergbaukritikerInnen, Vertreibung der lokalen Bevölkerung und schwere Umweltvergehen in Peru und Kolumbien zur Last gelegt werden.⁴⁰



Preisentwicklung von Gold, Kupfer und Zinn, 2003–14, (Daten: WTO)

Auch im virtuellen Handel mit Rohstoffen gehören der Allianz-Konzern und die Deutsche Bank zu den „big playern“. Seit der Finanzkrise 2007 verstärkte sich der Trend, Kapitalanlagen im vermeintlich sicheren Rohstoffbereich zu investieren. Dadurch wurden die Preise von Rohstoffen auf dem Weltmarkt künstlich nach oben getrieben und von der eigentlichen industriellen Nachfrage entkoppelt. Das Anlagekapital bei Rohstoffindexfonds ist zwischen 1998 und 2008 von drei auf 174 Milliarden US-Dollar angewachsen.⁴¹ Der Handel mit

Finanzpapieren an der Londoner Rohstoffbörse ist seit 2009 um 600 Prozent gestiegen und allein der Wert der Wetten auf Rohstoffpreisentwicklungen lag 2010 bei 500 Milliarden US-Dollar.⁴² Durch diese Kapitalflut expandierten Rohstoffbranchen wie die Bergbauindustrie und zogen weiteres Kapital an. Über hochkomplexe und intransparente Finanzprodukte wie Derivate, Warentermingeschäfte und Commodity Futures werden auf den Finanzmärkten mehr Rohstoffe gehandelt als physisch zur Verfügung stehen. Die Preise von Rohstoffen sind dadurch hochspekulativ und vom Angebots- und Nachfragemechanismus entkoppelt.

Die Deutsche Bank hat sich auf Spekulationen mit Rohstoff-Derivaten spezialisiert und handelt diese zunehmend über sogenannte Dark Pools.⁴³ Mittlerweile laufen in Deutschland 20 Prozent der Rohstoffgeschäfte über diese virtuellen Schattenbörsen, die jenseits behördlicher Kontrollen und somit völlig intransparent agieren. Ein weiterer Preistreiber im Rohstoffbereich ist seit dem Ausbruch der Finanzkrise die vermeintlich sichere Kapitalflucht in Edelmetalle. Zwischen 2007 und 2012 stieg beispielsweise der Weltmarktpreis einer Feinunze⁴⁴ Gold von 500 auf knapp 1500 US-Dollar. Der von den Finanzmärkten ausgelöste und oftmals künstlich erzeugte Preisanstieg bei Edelmetallen, verstärkte zusätzlich zur industriellen Nachfrage die territoriale Expansion des Bergbaus in Lateinamerika.

Dark Pools

Dark Pools sind Handelsplattformen für Finanzprodukte, die bank- oder börsenintern, also außerhalb des offiziellen Wertpapierhandels abgeschlossen werden. Diese Schattenbörsen unterliegen nicht den Regeln der europäischen Börsen – der Handel ist völlig anonym und intransparent. Sie werden vor allem von Großinvestoren genutzt, die unbemerkt mit großen Aktienpaketen handeln wollen und sich von den Dark Pools bessere Kurse und höhere Gewinne versprechen. Wegen Verstoßes gegen die Wertpapiergesetze ermitteln die Aufsichtsbehörden der USA gegen die Dark-Pool-Geschäfte der Deutschen Bank.

38 Ebd.

39 Ebd.

40 REPRISK (2012).

41 Ebd.

42 Eich/Leonhard.

43 Die Deutsche Bank wickelt Dark-Pool Geschäfte über ihre Tochter Deutsche Bank Automated Trading System in Honkong ab.

44 1 Feinunze = 31,1 Gramm.



Eingang zur geplanten Abbauzone des umstrittenen Bergbauprojektes Conga in Celendin/Peru. (Robin Krekeler)

4 Mining-States: Wie der Bergbau die Staaten Lateinamerikas bestimmt

4.1 Der Bergbau bestimmt

In den letzten beiden Jahrzehnten haben sich viele lateinamerikanische Länder zu Bergbau-Staaten (mining states) entwickelt, in dem sie politische und wirtschaftliche Strukturen sowie die Gesetzgebung an das exportorientierte Bergbaumodell anpassten.

Von Mitte der 1990er Jahre bis zu Beginn des neuen Jahrtausends passten die neoliberalen Regierungen der Andenländer die nationale Gesetzgebung und die politischen Maßnahmen den Vorgaben der internationalen Finanzinstitutionen an, um mehr Investitionen für die extraktiven Wirtschaftsbereiche wie den Bergbau anzuziehen und den transnationalen Unternehmen optimale Bedingungen für die Ressourcenausbeutung zu garantieren. Die Regierungen begünstigen die Bergbauunternehmen mit einem geringen Steuer- und Abgabensatz, vergaben jahrzehntelange Abbaugenehmigungen und schwächten Arbeits-, Minderheiten- und Umweltrechte.

Argentinien, ein Land ohne große Bergbautradition, hat beispielsweise seinen rechtlichen Rahmen zur

Regulierung des Bergbaus grundlegend reformiert und garantiert Unternehmen in den ersten fünf Jahren eine Steuerbefreiung und danach eine Steuersicherheit auf niedrigem Niveau von 30 Jahren, unabhängig von der Preisentwicklung auf den Rohstoffmärkten.⁴⁵ In der Folge stieg die Anzahl der Abbauprojekte zwischen 2002 und 2011 von 18 auf 614 und die ausländischen Kapitalinvestitionen in diesem Bereich im selben Zeitraum um knapp 2000 Prozent.⁴⁶ Auch wenn es in den letzten Jahren politische Bemühungen gab, die Bergbaurente über die Einführung neuer Steuern zu erhöhen, bieten Chile, Peru und Kolumbien den Unternehmen nach wie vor branchenbezogene Steuergarantien sowie geringe Grund- und Gewinnsteuern, um den Ausbau des Bergbaus zu fördern.⁴⁷ Ein wesentlicher Teil der Bergbaurenten fließt nach wie vor ins Ausland ab und wird somit inländischen Entwicklungsprozessen entzogen.⁴⁸ Neben den Steuerprivilegien erhalten die Unternehmen auch weitreichende Machtkompetenzen. In den meist abgelegenen ländlichen Abbauregionen ist die Präsenz staatlicher Institutionen traditionell

45 Vgl. <http://www.bpb.de/internationales/amerika/lateinamerika/44924/bergbau-in-lateinamerika?p=all>.

46 Ciuffoni/ de la Vega.

47 Chile 0,5–4,5%, Kolumbien 1–5%, Peru 2–5,4%.

48 Jäger/ Leubolt (2011).

schwach ausgeprägt. Mit den Konzessionen übernehmen die Bergbaukonzerne staatliche Funktionen wie Verhandlungen mit den Gemeinden und Sicherheitsaufgaben, während sich der Staat passiv verhält. Die geringen Abgaben der Bergbauunternehmen und ihre große Machtfülle stoßen bei der Bevölkerung und bei sozialen Organisationen auf Kritik, da die Unternehmen von der lokalen Bevölkerung oft wie ein Staat im Staate wahrgenommen werden.⁴⁹

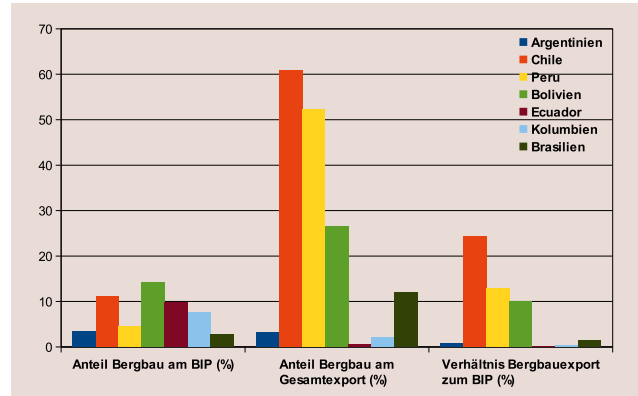
Die wirtschaftliche Ausrichtung und Konzentration auf den Abbau und den Export von unverarbeiteten Rohstoffen, die hohe weltweite Nachfrage und die gestiegenen Rohstoffpreise bescherten den lateinamerikanischen Ländern einen sektoralen Investitionsschub, hohe Exportraten, ein stabiles Wirtschaftswachstum und offiziell sinkende Armutsraten. Die Erfolgsgeschichte hat jedoch Schattenseiten. In den Ländern Lateinamerikas – ob neoliberal oder neo-extraktivistisch – wächst die Kritik an der einseitigen wirtschaftlichen Ausrichtung. Das extraktivistische Wirtschaftsmodell vergrößert die ökonomische Ungleichheit, dringt immer weiter in sensible Umweltzonen vor und provoziert Landnutzungskonflikte mit der lokalen Bevölkerung.

Reprimarisierung

Reprimarisierung ist der Prozess einer wirtschaftlichen Orientierung auf den Abbau und den Export von Gütern des primären Sektors, zu denen mineralische, energetische und landwirtschaftliche Rohstoffe zählen. Zugunsten des wirtschaftlichen Fokus auf die Förderung der Rohstoffe wird der sekundäre, also verarbeitende und industrielle Sektor vernachlässigt. Die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika warnte 2010 deutlich vor der Reprimarisierung der lateinamerikanischen Ökonomien.

4.2 Plündern und weg: Enklavenökonomie Bergbau

„Je reicher ein Staat an Rohstoffen ist, umso langsamer entwickelt er sich und umso größer ist das innerstaatliche Wohlstandsgefälle“ stellte die Interamerikanische Entwicklungsbank (IDB) fest. Der von der IDB formulierte Widerspruch wird als „Ressourcenfluch“ (paradox of plenty) bezeichnet und verdeutlicht, dass der Rohstoff-



Wirtschaftsindikatoren des Bergbaus für Rohstoffländer Südamerikas 2014 (Daten: BGR/GTI)

reichtum nicht automatisch zu Wachstum und Entwicklung führt. Dies liegt an der geringen Wertschöpfung und hohen Ressourcenintensität des Bergbaus sowie an der geringen wirtschaftlichen Diversifizierung und mangelnden Umverteilung der Bergbaugewinne in den Abbaustaaten.

Der Bergbau wird als extraktive Industrie bezeichnet. Die Definition „Industrie“ suggeriert, dass in Lateinamerika nicht nur der Abbau der mineralischen Rohstoffe, sondern auch deren nationale oder regionale Weiterverarbeitung zu industriellen Gütern erfolgt. Eine solche Veredelung der Bergbauprodukte findet in den lateinamerikanischen Ländern jedoch nur in geringem Maße statt. Stattdessen werden die Rohstoffe hochtechnisiert und unter Einsatz weniger Arbeitskräfte abgebaut und exportiert. Der uruguayische Soziologe Eduardo Guydina prägte für diese Form des Bergbaus den Begriff der Enklavenökonomie, die vorrangig darauf abzielt, Ressourcen an extraterritoriale Akteure zu übereignen, ohne dabei nennenswerte inländische Wertschöpfungsketten zu erzeugen.⁵⁰ Vor allem in den Abbauregionen selbst erzeugen die Minen kaum wirtschaftliche Multiplikatoreffekte. Ein exemplarisches Beispiel dafür ist die größte Kohlemine Südamerikas, El Cerrejón⁵¹ in der nordkolumbianischen Provinz La Guajira.⁵² Kolumbien exportiert 90 Prozent seiner Steinkohle, davon landet mehr als die Hälfte in europäischen Kraftwerken.⁵³ Die regionale Beschäftigungsquote der Mine ist verschwindend gering und nur ein Prozent der Handelspartner von El Cerrejón kommen aus der Region. Nach wie vor leben 70 Prozent der Bevölkerung von La Guajira in Armut.⁵⁴

Die Reprimarisierung der lateinamerikanischen Wirtschaft gefährdet stattdessen die lokalen Wirt-

49 Henkel (2014a).

50 SWP-Definition von Enklavenökonomie: <http://www.swp-berlin.org/de/swp-themendossiers/minerale-und-metalle/glossar.html>.

51 Joint Venture aus Xstrata, BHP Billiton und AngloAmerican.

52 Vgl. <http://www.colombiatrade.com.co/herramienta/estadisticas-exportacion/importacion-sectores>.

53 2013 = 53%, Vgl. <http://www.colombiatrade.com.co/herramienta/estadisticas-exportacion/importacion-sectores>.

54 <http://colombiareports.co/injustice-colombia-mining-royalties/>.

schaftsstrukturen und die Ernährungssouveränität in den Abbauländern. In den zumeist ländlich geprägten Regionen steht der Bergbau in Flächen- und Ressourcenkonkurrenz zur Land-, Wasser- und Viehwirtschaft der lokalen Bevölkerung. Durch die große territoriale Ausdehnung der Minen und die Privatisierung von Land und Wasservorkommen gräbt der Bergbau den Menschen buchstäblich die Lebensgrundlagen ab und fördert Landflucht, Prekarisierung und Armut. Obwohl die Abbauregionen steuerliche Ausgleichszahlungen für den Bergbau erhalten, kommen diese kaum bei der betroffenen Bevölkerung an. So führte die landwirtschaftlich geprägte nordperuanische Region Cajamarca laut des peruanischen Statistikinstituts INEI 2013 den regionalen Armutsindex des Landes an, obwohl dort mit Yanacocha seit 20 Jahren die größte Goldmine Südamerikas sowie weitere große Bergbauprojekte aktiv sind.⁵⁵ Andere Bergbauregionen wie Pasco und Huancavelica finden sich ebenso unter den fünf ärmsten Regionen Perus.

Aufgrund der gestiegenen wirtschaftlichen Bedeutung und der traditionell geringen Steuerbelastung von Bergbauunternehmen, erhöhten einige Abbauländer in den letzten Jahren die Bergbausteuern und konnten somit eine größere staatliche Gewinnbeteiligung erzielen. Gemessen an dem hohen Anteil der Primärgüterexporte an den Gesamtexporten von durchschnittlich 53 Prozent⁵⁶ fällt der Anteil des Bergbaus an der Gesamtwirtschaftsleistung⁵⁷ der Abbauländer dennoch gering aus. In Kolumbien und Argentinien trägt der Bergbau nur zwei Prozent zum BIP bei, in Peru sind es fünf Prozent.⁵⁸ In Chile und Bolivien liegt der Anteil des Bergbaus mit jeweils 13 Prozent am BIP höher, aber auch deren Exportausrichtung macht die Länder wirtschaftlich überdurchschnittlich abhängig vom Weltmarkt. Als der Preis für Chiles wichtigstes Exportgut Kupfer während der Weltwirtschaftskrise 2008 fiel, schlug dies ein riesiges Loch in den Staatshaushalt.⁵⁹ Andere Wirtschaftssektoren spielen in den erwähnten Ländern für die nationale Wertschöpfung eine wesentlich wichtigere Rolle, werden aber politisch vernachlässigt, weil sie weniger ausländische Investitionen anziehen und für den globalen Markt eine geringere Bedeutung haben. Zudem führt der Export von Rohstoffen strukturell zu einer Aufwertung der Währung, was die produktiven Güter weniger konkurrenzfähig macht und den Industrialisierungsprozess zusätzlich erschwert. Der Roh-

stoffsektor schwächt andere Wirtschaftsbereiche und verringert die Impulse für eine Industrialisierung und Diversifizierung der lateinamerikanischen Ökonomien.

Ernährungssouveränität

Das politische Konzept der Ernährungssouveränität wurde anlässlich der Welternährungskonferenz 1996 von der internationalen Kleinbauern- und Landarbeiterbewegung Via Campesina geprägt. Als Gegenpol zu der technisch zentrierten Debatte um die Ernährungssicherheit, bei der der Zugang zu und die Versorgung mit ausreichender Nahrung im Fokus steht, bezeichnet Ernährungssouveränität das Recht aller Menschen, die Landwirtschafts- und Konsumentenpolitik selbst zu bestimmen. Sie orientiert sich am Menschenrecht auf Nahrung und stellt die Demokratisierung der Nahrungsmittelproduktion und die Stärkung lokaler Produktionsstrukturen in den Mittelpunkt.

4.3 Informeller Bergbau – El Dorado der Abgehängten

Die hohen Rohstoffpreise forcieren in den lateinamerikanischen Staaten nicht nur die Expansion des industriellen Bergbaus, sondern verursachen auch eine starke Arbeitsmigration in den informellen Bergbau. Im Gegensatz zu den hochtechnisierten Minen der großen Unternehmen ist der informelle oder artisanale Kleinbergbau ein handwerkliches Gewerbe mit einer geringen Ressourcenausnutzung, das von Privatpersonen mit zumeist schlechter technischer Ausrüstung ausgeführt wird – und aufgrund seiner aktuellen unkontrollierten territorialen Ausdehnung zunehmend politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Probleme verursacht.

Kleinbergbautreibende im informellen Bereich arbeiten meistens ohne gesetzlich vorgeschriebene Registrierung und verfügen weder über Schürfrechte noch Landtitel. Sie sind oft in familiären oder genossenschaftlichen Strukturen organisiert. In Brasilien arbeiten etwa eine halbe Million KleinschürferInnen,⁶⁰ in Peru wird die Zahl der im informellen Bergbau Beschäftigten

55 <http://gestion.pe/multimedia/imagen/2096134/46380>.

56 Ciuffolini/ Candela.

57 Bruttoinlandsprodukt (BIP).

58 <http://www.tradingeconomics.com/colombia/gdp-growth-annual>

59 <http://www.economist.com/news/business/21576714-mining-industry-has-enriched-chile-its-future-precarious-copper-solution>

60 Zilla (2015).

61 <http://www.infostelle-peru.de/web/10-thesen-zum-informellen-goldabbau-in-peru/>

62 <http://centromemoria.gov.co/el-embudo-minero-criminalizar-al-pequeno-y-proteger-la-ilegalidad-del-grande/>

auf bis zu 200.000⁶¹ und in Kolumbien auf 150.000⁶² geschätzt. Bisher wurde der informelle Kleinbergbau von den Regierungen politisch geduldet, da er in den Abbauregionen Einkommen schafft, ein bedeutender lokaler Wirtschaftsfaktor ist und den sozialen Druck auf den Staat verringert. Die wirtschaftliche Bedeutung des informellen Bergbaus zeigt sich auch in den Armutsstatistiken. In einigen Regionen mit ausgeprägtem Kleinbergbau ist das durchschnittliche Einkommen höher und die Armutsquote niedriger, als in den Regionen mit industriellem Bergbau.⁶³ Die informellen BergarbeiterInnen und SchürferInnen haben nur ein geringes Interesse sich registrieren zu lassen, da die Formalisierung mit einem erheblichen bürokratischen Aufwand und Kosten verbunden ist und eine Legalisierung staatliche Regulierungen und Abgaben nach sich zieht. Eine Ausnahme im lateinamerikanischen Kontext bilden die legalen Bergbaukooperativen in Bolivien, die von der einflussreichen Gewerkschaft der informellen Bergarbeiter (FENCOMIN) politisch vertreten werden.

Mit den hohen Rohstoffpreisen hat sich der informelle Bergbau zunehmend zu einem invasiven Wirtschaftszweig gewandelt. Neben den traditionellen lokalen Subsistenzstrukturen drängen immer mehr WanderarbeiterInnen in die Gebiete mit informellen Bergbau. Die einheimische Bevölkerung sieht sich stärkerer Konkurrenz ausgesetzt, traditionelle soziale Strukturen verändern sich, soziale Konflikte zwischen den „Einheimischen“ und den „Zugewanderten“ sind die Folge. Die veränderten Sozialstrukturen führen auch zu einer ökonomischen Internationalisierung des Rohstoffhandels im Kleinbergbau. Waren zuvor kleinteilige Finanzierungs- und Vertriebsstrukturen auf regionaler Ebene üblich, haben sich nun in einigen Regionen oligarchische Strukturen im Kleinbergbau entwickelt, die sich über internationales Kapital finanzieren und ihre Bergbauprodukte mit Hilfe global aktiver HändlerInnen auf dem Weltmarkt anbieten. Nach Angaben der Infostelle Peru stammen 15-20 Prozent des aus Peru exportierten Goldes aus dem informellen Bergbau.⁶⁴ Für den Staat entstehen dadurch hohe fiskalische Verluste.

In einigen Regionen ergeben sich zudem sicherheitspolitische Probleme mit dem wachsenden Einfluss krimineller Organisationen, die sich über den Kleinbergbau finanzieren. Als problematisch erweisen sich auch die ökologischen Folgen. Ein gravierendes Beispiel sind die weitläufig zerstörten Regenwaldflächen in der peruanischen Region Madre de Dios, die von SchürferInnen abgeholzt und deren Böden und Gewässer vom im Kleinbergbau verwendeten Quecksilber

kontaminiert werden. Die Bilder dieser Mondlandschaften gingen um die Welt und sensibilisierten die globale Öffentlichkeit für die ökologischen Gefahren des expandierenden Bergbaus. Für die lateinamerikanischen Regierungen entwickelte sich der informelle Bergbau zunehmend zu einem Imageproblem.

Mit der Expansion des informellen und industriellen Bergbaus und der damit verbundenen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen, ist in den letzten Jahren der öffentliche Druck auf die Regierungen gewachsen, den Bergbau im Allgemeinen stärker zu regulieren und zu kontrollieren. Die lateinamerikanischen Regierungen nutzen die mediale und öffentliche Aufmerksamkeit, um eine Dichotomie des „guten“ und „bösen“ Bergbaus zu konstruieren. Während die Regierungen bei der Regulierung des „guten“ industriellen Bergbaus weitgehend untätig bleiben oder sogar bestehende Standards aufweichen, rückte in der lateinamerikanischen Bergbaudebatte der „böse“ informelle Bergbau in den Fokus staatlicher Regulierungsmaßnahmen, die, bis auf einige Ausnahmen, dennoch bisher lediglich symbolischen Charakter haben.

Um die sicherheitspolitische Relevanz des informellen Bergbaus zu verdeutlichen, stand das Thema auf der Agenda des Gipfeltreffens der lateinamerikanischen Vize-Verteidigungsminister im März 2014 in Lima. Die peruanische Regierung startete zudem eine Kriminalisierungskampagne gegen informelle BergarbeiterInnen, die sich bis Ende April 2014 nicht registrieren ließen. Bereits in den Monaten zuvor wurden in Kolumbien und Peru mehrere informelle Förderanlagen vom Militär zerstört. Die militärischen Kommandoaktionen wurden medial begleitet und der Öffentlichkeit als konsequentes Vorgehen des Staats gegen den ökologisch gefährlichen Kleinbergbau präsentiert. Allerdings interessieren sich auch zunehmend transnationale Unternehmen für Abbaugenehmigungen in bereits bestehenden informellen Bergbaugebieten. Deswegen wird das politische Vorgehen der lateinamerikanischen Regierungen nicht nur positiv eingeschätzt. *„Das Ziel der Kriminalisierung des Kleinbergbaus soll die Geschäfte mit den transnationalen Bergbauunternehmen erleichtern. (...) Die Konzerne möchten den traditionellen Kleinbergbau beseitigen, um das Geschäft weiter in ihrem Sinne zu monopolisieren“*,⁶⁵ kritisierte der kolumbianische Politiker Jorge Enrique Robledo den Kampf seiner Regierung gegen den Kleinbergbau.

63 http://www.blickpunktlateinamerika.de/news-details/article/interview-goldschuerfer-bald-wie-drogenhaendler-kriminalisiert/3453/drogen.html?no_cache=1&cHash=4b91de0d0917de3351a3355d7665f8

64 Ebd.

65 Vgl. <http://vox-populi.com.co/senador-robledo-pide-a-paises-andinos-no-apoyar-a-colombia-en-criminalizacion-de-pequenos-mineros/>, am 11.12.2014.

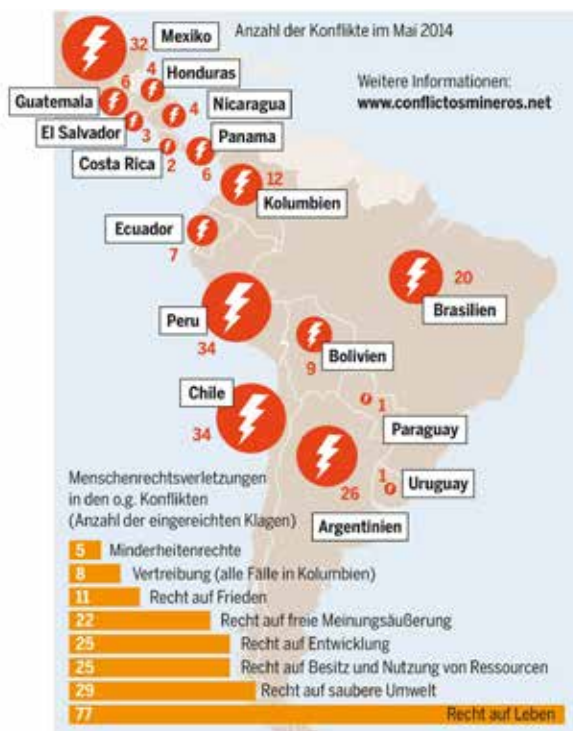
5 Die sozial-ökologischen Konflikte um den Bergbau

Der Bergbau ist in den lateinamerikanischen Ländern ein hochkonfliktiver Wirtschaftszweig. Aufgrund ihrer großen territorialen Ausdehnung haben Bergbauprojekte erhebliche wirtschaftliche, soziale und ökologische Auswirkungen in den Abbaugebieten. Minen in den Anden überlagern oft Flächen, die bereits von der lokalen Bevölkerung wirtschaftlich genutzt werden oder als Wassereinzugsgebiete ökologisch hoch sensibel sind. Diese Entwicklung führt zu Konkurrenzen und Konflikten um Flächen, Ressourcen und Landnutzung. Bergbauprojekte stoßen oft auf Ablehnung durch die lokale Bevölkerung, da sie über Jahrzehnte aktiv sind, sich stetig vergrößern und dabei die Landschaft grundlegend umformen. Zudem genießen Minenunternehmen ein schlechtes Image bei der ländlichen Bevölkerung in Lateinamerika, da sie oft manipulative Strategien einsetzen und versuchen, ihre Interessen ohne Beteiligung der Bevölkerung und teilweise mit Gewalt durchzusetzen.⁶⁶

Die Folgen sind soziale Spannungen zwischen staatlichen Institutionen, den Unternehmen und der lo-

kalen Bevölkerung. Mit dem gravierenden Anstieg der Bergbauinvestitionen in Lateinamerika in den letzten zehn Jahren haben sich auch die sozialen Konflikte in diesem Bereich vervielfacht. Die Beobachtungsstelle für Bergbaukonflikte in Lateinamerika (OCMAL)⁶⁷ dokumentierte im November 2014 auf ihrer Webseite 205 soziale Konflikte. Die meisten Auseinandersetzungen um den Bergbau zählt OCMAL in Chile und Peru mit jeweils 35 Konflikten. Die staatliche peruanische Ombudsstelle für Menschenrechte registrierte im eigenen Land sogar 120 latente und aktive Bergbaukonflikte. In den anderen lateinamerikanischen Ländern ist die Situation nicht weniger dramatisch. In Mexiko gibt es derzeit 34, in Argentinien 26, in Brasilien 20 und in Kolumbien 12 aktive Konflikte um bereits existierende oder geplante Bergbauprojekte.

Durch die konstant hohen Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt lohnt es sich für Unternehmen auch in bisher unwirtschaftliche Abbaugebiete vorzudringen. Die riskante geographische Expansion des Bergbaus in sensible ökologische Regionen und landwirtschaftlich genutzte Gebiete basiert auch auf der laxen zentralstaatlichen Vergabepaxis der Abbaulizenzen. Die Unternehmen bekunden ihr Interesse an einer potenziellen Lagerstätte und die zuständigen Ministerien auf nationaler Ebene vergeben die Schürfrechte, ohne über ausreichende Kenntnisse der sozialen und ökologischen Situation im Projektgebiet zu verfügen oder diese zu prüfen. In den lateinamerikanischen Ländern gibt es keine systematische Landnutzungsplanung, die Bergbauprojekte, Wassermanagement und lokale Wirtschaftsstrukturen koordiniert und dadurch Flächenkonkurrenz verhindern könnte. Alle Versuche integrierte Landnutzungsplanungen umzusetzen, scheiterten bisher am Widerstand der Bergbaulobby, die kein Interesse daran hat, ihre Planungs- und Handlungsfreiheit durch staatliche Auflagen einschränken zu lassen. In den zumeist abgelegenen Projektgebieten mit geringer staatlicher Präsenz übernehmen die Bergbauunternehmen staatliche Aufgaben wie das Konflikt- und Umweltmanagement. Von der Konkurrenz um Land, Wasser und andere natürliche Ressourcen sind vor allem ländliche und indigene Gemeinden betroffen. In Chile befinden sich beispielsweise 30 Prozent der Bergbaukonzessionen auf indigenem Territorium⁶⁸ und im peruanischen



Bestehende Bergbaukonflikte in Lateinamerika (Quelle: Observatorio de Conflictos Mineros de América Latina/ Heinrich-Böll-Stiftung)

⁶⁶ Laplante/ Spears (2008).

⁶⁷ Observatorio de Conflictos Mineros de América Latina (OCMAL), <http://www.conflictosmineros.net/>.

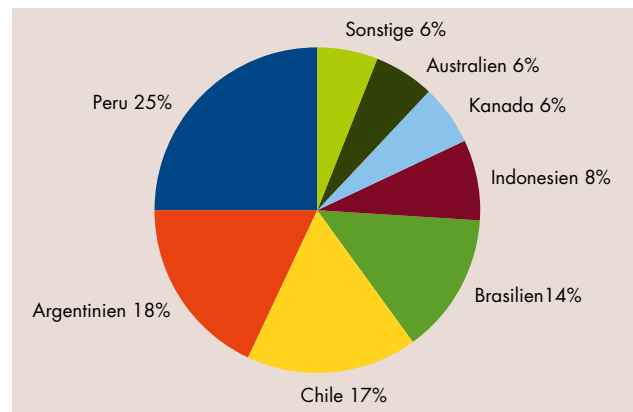
⁶⁸ http://www.bbc.co.uk/mundo/noticias/2013/10/130927_economia_multinacionales_tierras_indigenas_mj.

Hochland sind die Hälfte aller Bauerngemeinden vom Bergbau betroffen.⁶⁹ Versucht die lokale Bevölkerung ihre traditionellen Lebens- und Wirtschaftskonzepte zu verteidigen, angemessene Entschädigungen für Umweltverschmutzungen und Vertreibungen einzufordern oder eine Beteiligung an den Abbaugewinnen zu erreichen, stehen ihnen transnationale Unternehmen gegenüber, die über wesentlich größere Kapital- und Machtressourcen verfügen.

5.1 Bergbau und Umweltprobleme

Ohne Wasser kein Bergbau. Diese einfache Formel hat enorme Auswirkungen auf die Kontrolle, den Zugang, die Verteilung und die Nutzung von Wasser in den Andenländern. Der Bergbau verbraucht große Mengen an Frischwasser, um die Mineralien aus dem Gestein zu spülen. In Chile werden bis zu 3,5 Tonnen Wasser benötigt, um 8,4 kg Kupfer aus einer Tonne Kupfererz zu gewinnen.⁷⁰ Allein die drei größten Kupferbergwerke vom weltgrößten Produzenten Codelco verbrauchen 1,5 Milliarden Liter Wasser am Tag.⁷¹ Davon beziehen die Minen in Chile 63 Prozent aus Grundwasserreserven.⁷² Noch größer ist der Wasserverbrauch im Goldbergbau – mit durchschnittlich sechs Tonnen Wasserreinsatz zur Gewinnung eines Gramms Gold.⁷³

Nicht nur die verbrauchten Wassermengen im Bergbau sind ökologisch problematisch. Beim Abbau



Die wichtigsten Kupferbezugsländer für Deutschland, 2012
(Daten: BGR)

gelangen die eingesetzten Chemikalien sowie freigesetzte Schwermetalle in die Umwelt und kontaminieren Böden und Gewässer weit über das Minengelände hinaus. In Bergbaugebieten ereignen sich häufig Unfälle, bei denen mit Chemie versetztes Nutzwasser beim Extraktionsprozess entweicht oder Rückhaltebecken mit kontaminierten Wasser undicht sind. Umweltfolgen des Bergbaus sind langfristig und wirken auch noch lange nach dem Abbauende. Die immensen Kosten für die Umweltverschmutzung tragen nicht die Bergbauunternehmen, sondern sie werden externalisiert und auf die Gesellschaft umgelegt. Bei der argentinisch-kanadischen Gold- und Silbermine Manantial Espejo in der argentinischen Region Santa Cruz gab es in drei

69 Bebbington, A. u.a (2008), Mining and Social Movements: Struggles over livelihood and rural territorial development in the Andes, in: World Development, Vol. 36, Nr. 12, S. 2888-2905.

70 <http://pubs.usgs.gov/of/2012/1089/pdf/ofr2012-1089.pdf>.

71 Eigene Berechnung nach Angaben Codelcos Minen, Nuevo Nivel Mina, Mina Chuquicamata Subterránea, Expansión Andina http://www.codelco.com/prontus_codelco/site/edic/base/port/proyectos.html.

72 Willaarts/Garrido (2014).

73 http://pubs.usgs.gov/of/2012/1085/pdf/ofr2012-1085_v1-1.pdf.



Vom Bergbau kontaminierter Fluss in Hualgayoc/Peru. (grufidesinfo.blogspot)



Proteste gegen das Pascua-Lama-Bergbauprojekt in Argentinien, 2007. (The future is unwritten/Flickr)

Jahren drei Vorfälle, bei denen größere Mengen mit hochgiftigem Zyanid angereichertes Wasser in die natürliche Umgebung gelangte.⁷⁴

Durch die enorme territoriale Ausbreitung des Bergbaus in den letzten beiden Jahrzehnten stieg die Nachfrage nach und somit die Konkurrenz um Wasser und Land im Andenraum. Bergbauaktivitäten greifen dabei nicht nur in Oberflächengewässer wie Flussysteme oder Seen ein, sie beuten auch zunehmend Grundwasserreserven aus. Zudem ist der Bergbau der einzige Industriezweig, der sich in Quellgebieten ansiedelt, um Wasserquellen direkt wirtschaftlich zu verwerten. Die Wasserreservoirs im andinen Hochland werden nicht nur lokal genutzt, sondern dienen auch anderen Landesteilen als wichtige Reserven. Selbst Gletscherzonen,

Pascua-Lama-Projekt

Das Pascua-Lama-Projekt des kanadischen Bergbaugiganten Barrick erkundet Goldvorkommen an der chilenisch-argentinischen Grenze und zerstörte dabei fünf Gletscher. Im Umweltgutachten zum Pascua-Lama-Projekt wurde die Existenz der Gletscher verschwiegen und erst die Proteste indigener Gruppen machten auf deren Beschädigung aufmerksam. Der Oberste Gerichtshof Chiles suspendierte 2013 das Projekt, bis Barrick neue Umweltauflagen erfüllt.

die größten andinen Süßwasserreservoirs, sind vor dem Bergbau nicht sicher.

Umweltgutachten zu Bergbauprojekten werden in den lateinamerikanischen Ländern entweder von den zuständigen Ministerien für Bergbau und Energie durchgeführt oder durch von den Unternehmen bezahlten Gutachtern. Hier sind Interessenkonflikte vorprogrammiert.

Die umfassende private Aneignung natürlicher Wasservorkommen durch Bergbauunternehmen hat zur Folge, dass die Auswirkungen des Bergbaus auch in Siedlungen zu spüren sind, die fernab des eigentlichen Abbaugbietes liegen. Auseinandersetzungen um die Kontrolle, den Verbrauch und die Qualität von Wasser und Land sind daher die häufigsten Ursachen für Konflikte zwischen der Bevölkerung sowie Bergbauunternehmen und Regierungen in Lateinamerika.⁷⁵

Die physische Verknappung von Wasser durch den Bergbau gefährdet die Ernährungssouveränität wie auch die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Integrität von indigenen und andinen Bauerngemeinden, die von der Landwirtschaft abhängig sind. Aber auch städtische Zentren im weiteren Einflussgebiet von Minen spüren die Konsequenzen des intensiven Wasserverbrauchs im Bergbau. In der nordperuanischen Stadt Cajamarca mit 200.000 Einwohnern brach die öffentliche Wasserversorgung beinahe zusammen,⁷⁶ als die Mine Yanacocha 2011 im Zuge der Goldpreiserhöhung die Produktion steigerte. Das Wassertribunal Lateinamerikas (TLA) in Buenos Aires kritisierte

⁷⁴ <http://ejatlas.org/conflict/manantial-espejo-open-cast-mine-argentina>.

⁷⁵ <http://phys.org/news/2012-02-latin-america-boom-clashes.html>.

⁷⁶ <http://fdaccajamarca.blogspot.de/2011/09/el-problema-del-agua-en-cajamarca.html>, <http://www.larepublica.pe/13-01-2012/cajamarca-soporta-la-escasez-y-el-rationamiento-de-agua-potable>.

am 9. November 2012 die geplante Erweiterung der Mine in ein andines Feuchtgebiet und forderte das Unternehmen auf, das sogenannte Conga Projekt einzustellen, weil es das Menschenrecht auf Wasser und eine saubere Umwelt verletze. Zudem kritisierte das Tribunal eine zunehmende Privatisierung der Wasserressourcen durch Bergbauunternehmen und dass diese in sensiblen Bereichen der öffentlichen Wasserversorgung operieren.⁷⁷ Das TLA bezog sich in seinem Urteil auf das Menschenrecht auf Wasser, dass 2002 vom Menschenrechtskomitee der Vereinten Nationen verabschiedet wurde, rechtlich aber nicht bindend ist.

Um die Privatisierung von Wasserressourcen durchzusetzen, versuchen Bergbauunternehmen das Gewohnheitsrecht von Gemeinden auszuhöhlen, die lokalen Wasserressourcen gemeinschaftlich zu kontrollieren und zu verwalten. Die Unternehmen nutzen ihre wirtschaftliche Macht und beeinflussen politische Entscheidungen auf lokaler, regionaler und zentralstaatlicher Ebenen, um die Kontrolle über die natürlichen Wasservorkommen zu erlangen. So erreichte die Bergbaulobby gegen den Widerstand von Landwirtschafts- und Umweltverbänden, dass die peruanische Zentralregierung 2009 die wirtschaftliche Erschließung von Quellgebieten erlaubte. Im Juli 2014, kurz nach der Unterzeichnung der Rohstoffpartnerschaft mit Deutschland, schränkte die peruanische Regierung die Kompetenzen des Umweltministeriums weiter ein, um das Investitionsklima zu verbessern. In Argentinien wurde 2009 ein Gesetz zum Verbot des Bergbaus in

Gletscherzonen auf Druck des Bergbauunternehmens Barrick von der Präsidentin Kirchner mit einem Veto gestoppt.⁷⁸ Das sogenannte „Barrick Veto“⁷⁹ wurde erst 2012 vom Argentinischen Gerichtshof aufgehoben. Vor dem Untersuchungsausschuss erklärte die damalige argentinische Umweltministerin Romina Picolotti: „Barrick Gold ist ein modernes Beispiel, wie skrupellos große Konzerne lokale politische Institutionen manipulieren, um soziale und ökologische Kontrollen zur Profitmaximierung zu umgehen; und sie ignorieren die Bedürfnisse der lokalen Gemeinden zum Nachteil der globalen Idee einer nachhaltigen Entwicklung.“⁸⁰ Barrick Gold ist eines von vielen Beispielen wie Bergbauunternehmen auf regionaler und lokaler Ebene Politiker beeinflussen und versuchen Gemeinden zu spalten, um die private Aneignung von Wasserressourcen durchzusetzen und bäuerliche bzw. indigene Selbstverwaltungsstrukturen zu de-legitimieren und zu schwächen.⁸¹

5.2 Kriminalisierung der Bergbaukritik

Als Reaktion auf die sozialen Proteste gegen große Bergbauprojekte reagieren die Regierungen und Bergbauunternehmen in den lateinamerikanischen Staaten mit der Kriminalisierung von indigenen Gruppen, Menschenrechts- und Umweltorganisationen, beteiligten AktivistInnen sowie kritischen PolitikerInnen. Die Formen der Kriminalisierung reichen von öffentlichen Diffamierungen, über Gesetzesänderungen und Gerichts-

77 <http://tragua.com/wp-content/uploads/2012/11/Veredicto-proyecto-Conga-Perú-VI-Audiencia-TLA-20121.pdf>.

78 Saunders (2013).

79 Ebd.

80 Ebd.

81 Bebbington/Bury (2009).



Polizei attackiert die Trauerfeier für erschossene Bergbaukritiker in Celendin/Peru, 2012. (Alan Ele/Celendin Libre)



„Das Leben ist nicht verkäuflich, es wird verteidigt!“ Proteste gegen den Bergbau am Cerro Quilish/Peru. (David Vollrath)

verfahren bis zum Verbot von Organisationen und dem Einsatz von Polizei und Militär.

Im öffentlichen Diskurs der Regierungen und der Unternehmen werden BergbaukritikerInnen in den Medien als Saboteure, rückschrittlich oder gar als Terroristen dargestellt. Ziel dieser öffentlichen Diffamierung ist es, nicht nur die Kritik am extraktiven Wirtschaftsmodell und die alternativen Ziele von BergbaukritikerInnen zu de-legitimieren, sondern auch repressive Maßnahmen wie schärfere Gesetze oder gewalttätige Polizeieinsätze gegen die sozialen Proteste zu rechtfertigen.

In Chile wird das Antiterrorgesetz aus der Pinochet-Diktatur gegen die indigene Gruppe der Mapuche angewendet, die sich gegen Bergbauprojekte auf ihrem traditionellen Territorium wehrt.⁸² Unter Anwendung dieses Gesetzes sitzen seit 2010 42 Mapuche präventiv im Gefängnis. Die argentinische Regierung führte Ende 2011 mit dem Ley 26.734 eigens ein Gesetz zur „Rechtsprechung für soziale Proteste“ ein, dass als „Antiterrorgesetz“ bezeichnet wird und mit dessen Begründung 2012 BergbaukritikerInnen in den Provinzen Catamarca und La Rioja verhaftet wurden.⁸³

Seit 2010 erlaubt das Gesetz 1095 in Peru den Einsatz von Schusswaffen gegen zivile Proteste und gewährt Polizisten Straffreiheit, wenn sie im Einsatz Demonstrierende verletzen oder töten. Im Juli 2012 erschoss die Polizei in der nordperuanischen Stadt Celendin fünf Bergbaukritiker, nachdem die Regierung

den Ausnahmezustand über vier Provinzen verhängt hatte. Die peruanische Regierung versuchte die Proteste gegen das Bergbauprojekt Conga zu unterbinden, in dem sie die Provinzen ein halbes Jahr vom Militär besetzen ließ und demokratische Grundrechte einschränkte.

In Ecuador wird in den meisten Fällen die Verordnung 982 „Handlungen gegen Staatsinteressen“ angewendet, um soziale Bewegungen strafrechtlich zu verfolgen. 2010 betrafen 93 Prozent der Fälle von Kriminalisierung bergbaukritische soziale Bewegungen und Personen.⁸⁴

In Kolumbien stehen 80 Prozent der landesweiten Fälle von Menschenrechtsverletzungen in Verbindung mit Bergbau oder anderen extraktiven Industrien. Durch den seit Jahrzehnten andauernden internen bewaffneten Konflikt ist das Land hochgradig militarisiert. Bergbauunternehmen kooperieren eng mit paramilitärischen Gruppen, um soziale Bewegungen einzuschüchtern. 2013 wurden allein in der Bergbauprovinz Cauca 14 Menschenrechts- und UmweltaktivistInnen ermordet.⁸⁵

Der Interamerikanische Menschengerichtshof registrierte die wachsende Tendenz, dass Bergbauunternehmen die Gesetzeslage in den Abbauländern missbrauchen, um sozialen Widerstand gegen ihre Projekte und die daran beteiligten Personen zu kriminalisieren.⁸⁶ Dabei greifen sie sowohl auf private als auch auf staat-

82 Hernández (2013).

83 <http://consciencia.net/argentina-aplican-la-ley-antiterrorista-a-la-protesta-social-contra-la-actuacion-de-la-mineria-quimica-a-cielo-abierto/>

84 <http://www.accionecologica.org/criminalizados/articulos/1487ecuador-criminalizacion-de-la-protesta-social-en-tiempos-de-revolucion-ciudadana>.

85 <http://blogs.publico.es/otrasmiradas/1061/asesinada-por-oponerse-a-la-mineria/>.

86 Comisión Interamericana de Derechos Humanos (2014).

liche Sicherheitskräfte zurück, um BergbaukritikerInnen zu bedrohen und einzuschüchtern.⁸⁷

Als Reaktion auf die zahlreichen Menschenrechtsbeschwerden im Zusammenhang mit Wirtschaftsprojekten ließen die Vereinten Nationen 2011 vom UN Sonderbeauftragten, John Ruggie, die „UN-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte“ erarbeiten. Die Leitlinien sind praktische Empfehlungen und betonen die Sorgfaltspflicht von Unternehmen zur Umsetzung der UN-Menschenrechte. Paragraph 14 der Leitlinien stellt aber klar, dass diese auf Freiwilligkeit beruhen und nicht verlangen, neue Gesetze zum Menschenrechtsschutz durch Unternehmen einzuführen.⁸⁸ Wegen ihres unverbindlichen Charakters riefen NGOs die UNO dazu auf, die Leitlinien abzulehnen. Diese seien nur ein weiteres zahnloses Empfehlungspapier, so die NGOs.⁸⁹ Auf Freiwilligkeit beruhende Standards und Leitlinien hätten zuvor schon bewiesen, dass sie keine adäquaten Mechanismen sind, um Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen. John Ruggie arbeitet seit 2012 auch als Berater für Barrick, einen der weltweit größten – und wegen seiner Menschenrechts- und Umweltpolitik umstrittensten – Bergbaukonzerne.⁹⁰

5.3 Konflikte um Demokratie und Teilhabe

Die meisten politischen und sozialen Konflikte im Kontext der Rohstoffausbeutung in den Andenländern stehen im Zusammenhang mit der Verteilungsproblematik der Bergbaurenten sowie der mangelnden demokratischen Mitbestimmung der lokalen Bevölkerung bei geplanten Projekten. Ein Teil der Bergbauabgaben fließt über festgelegte fiskalische Instrumente wieder in die Abbauregionen zurück.

Mangelnde Kontrolle und Transparenz, aber auch fehlende Instrumente und Vorgaben, wie diese Gelder in der Region verwendet werden, führen zu zahlreichen, heterogenen Konfliktlinien zwischen der Bevölkerung und den Institutionen auf der kommunalen, regionalen und zentralstaatlichen Ebene. Aufgrund der bestehenden Verteilungspraxis der Bergbaurenten fühlen sich Kommunen und Regionen in denen kein oder nur wenig Bergbau stattfindet gegenüber den Abbauregionen finanziell benachteiligt und fordern Reformen der Verteilungsverfahren. Die Regierungsvertreter der Abbauregionen verlangen häufig vom Zentralstaat ei-

nen größeren Anteil an den Bergbaugewinnen, kritisieren die zentralstaatliche Vergabepaxis der Bergbaugenehmigungen sowie die intransparente Verwaltung der Bergbaurenten und fordern eine Reform zur Dezentralisierung der Ressourcenpolitik.

Das fehlende Mitspracherecht der vom Bergbau betroffenen Gemeinden in Lateinamerika ist eine der Hauptgründe für soziale Proteste der Bevölkerung. Indigene und bäuerliche Gemeinden fühlen sich im Entscheidungsprozess oft übergangen, denn sie erfahren zumeist erst von geplanten Projekten, wenn die Abbaukonzernen bereits vom Staat vergeben wurden und die Unternehmen mit den Vorbereitungen für den Abbau beginnen. Die fehlende Mitbestimmung und der drohende Kontrollverlust der Gemeinden über die Entwicklung ihrer traditionell besiedelten Territorien und deren natürlicher Ressourcen wie Wasser, Böden und Wälder provoziert erheblichen Widerstand gegen geplante Bergbauprojekte. Um ihr Recht auf Selbst- und Mitbestimmung zu wahren, berufen sich indigene und bäuerliche Gemeinden im Bereich der lateinamerikanischen Ressourcen- und Infrastrukturpolitik zunehmend auf das Instrument der vorherigen Konsultationen (free, prior and informed consent – FPIC).

Als Rechtsgrundlage dieser Konsultationen dient das von den Vereinten Nationen 1989 verabschiedete Übereinkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).⁹¹

Die ILO 169 wurde von 15 lateinamerikanischen Staaten ratifiziert,⁹² die sich damit rechtlich verpflichteten, vorherige Konsultationen umzusetzen. Bis auf Peru⁹³ hat bisher keines der lateinamerikanischen Länder das Konsultationsrecht in nationales Recht übertragen. Während die ILO 169 nur die Konsultation betroffener Gemeinden zu den sie betreffenden Maß-

ILO 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)

Das sogenannte Konsultationsrecht schreibt vor, dass indigenen Völkern Mitsprache gewährt werden muss, wenn Gesetze und Verordnungen oder Entwicklungs- sowie Wirtschaftsprojekte in ihren Territorien geplant sind. Ziel des Übereinkommens ist es, dass Selbstbestimmungsrecht indigener Gruppen zu wahren und Konflikte zu vermeiden.

87 Ebd.

88 DGCN (2014).

89 <http://www.fian.ch.org/debatte-im-un-menschenrechtsrat-zu-den-guiding-principles-fur-wirtschaft-und-menschenrechte-1449.html>

90 <http://www.barrick.com/responsibility/csr-advisory-board/>

91 Siehe: http://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=NORMLEXPUB:12100:0::NO:12100:P12100_INSTRUMENT_ID:312314:NO

92 Stand 24.11.2014: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Dominika, Ecuador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Mexiko, Nicaragua, Paraguay, Peru und Venezuela.

93 Implementierung in nationales Recht am 6. September 2011.

nahmen vorsieht, verlangt die UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker von 2007 sogar ihre Zustimmung. Laut dem Forschungsinstitut GIGA, ist „die Erklärung zwar kein Völkerrechtsinstrument, hat aber eine große politische Bindungswirkung und wird vielfach zur Rechtsauslegung herangezogen.“⁹⁴ 2007 zeigte ein wegweisendes Urteil des Interamerikanischen Menschengenrichtshof zu Gunsten einer nicht-indigenen Gemeinde in Suriname, die gegen ein Bergbauprojekt geklagt hatte, dass das Konsultationsrecht nicht nur indigenen Gemeinden zusteht.⁹⁵

Um mögliche Konflikte zu vermeiden und um Bergbauprojekten eine vermeintlich soziale Lizenz durch die Bevölkerung zu geben, verfassten einige lateinamerikanischen Regierungen eigene Gesetzesinitiativen zum Konsultationsrecht. Außer wenigen „best practice“ Beispielen aus Bolivien, Kolumbien und Mexiko, werden die meisten umgesetzten Konsultationsverfahren von der Wissenschaft kritisch bewertet und von den Gemeinden abgelehnt. Denn die staatlichen Konsultationsinitiativen sind wesentlich schwächer ausgelegt als die ILO 169 und die UN-Erklärung über indigene Rechte. Oft handelt es sich eher um Informationsveranstaltungen, auf denen die Unternehmen einseitig über die

Vorteile ihrer Projekte berichten und nicht transparent über deren sozialen und ökologischen Auswirkungen aufklären.⁹⁶ Zudem wird den konsultierten Gruppen eine Entscheidungsmacht abgesprochen, da weiterhin staatliche Behörden über die Durchführung eines Projektes entscheiden, unabhängig davon, wie sich die Gemeinden positionieren.⁹⁷ Anstatt Konflikte zu vermeiden, verstärkt die Konsultationspraxis in den lateinamerikanischen Staaten das Misstrauen der Gemeinden gegenüber Behörden und Unternehmen.⁹⁸

Als Reaktion auf negative Erfahrungen mit Bergbauprojekten sowie Intransparenz, mangelnde Informationen und fehlende Verhandlungsbereitschaft seitens der Regierung und der beteiligten Unternehmen, entschloss sich die Bevölkerung in vier nordperuanischen Städten der Provinz Piura 2002⁹⁹ und 2007¹⁰⁰ zu selbst-organisierten Konsultationen. In beiden Abstimmungen sprachen sich bei einer hohen Wahlbeteiligung über 90 Prozent der Menschen gegen den Bergbau aus. In der Folge gaben die Unternehmen ihre Projekte auf. Dem peruanischen Beispiel folgend, führten auch Gemeinden in Guatemala bisher über 70 selbst-organisierte Referenden durch, bei denen sich ein Großteil der Bevölkerung gegen geplante Bergbauprojekte aussprach.

94 Schilling-Vacaflor/Flemmer (2014).

95 Ebd.

96 <https://www.culturalsurvival.org/ourpublications/csq/article/community-consultation-mining>

97 Schilling-Vacaflor/Flemmer.

98 Ebd.

99 Tambogrande.

100 Ayabaca, Huancabamba und Carmen de la Frontera, eigene Interviews, 2010.



Die Bevölkerung von San Juan Ostuncalco/Guatemala stimmte 2011 bei einem Referendum mit großer Mehrheit gegen ein Bergbauprojekt. (My mom is wolves/Flickr)

6 Rohstoffpolitische Regulierungsinitiativen, zivilgesellschaftliche Kritik und Wege zu einer alternativen Rohstoffpolitik

6.1 Regulierungsinitiativen

Es mangelt nicht an Standards, sondern an ihrer Umsetzung. Für Bergbauunternehmen und die sie finanzierenden Finanzinstitute gibt es ein umfangreiches Regelwerk verschiedener Standards, Initiativen und Richtlinien. Aufgrund öffentlichen Drucks von NGOs und sozialer Proteste der Bevölkerung gegen Umweltverschmutzungen und Menschenrechtsverletzungen von Unternehmen im extraktiven Sektor, erarbeiteten in den letzten Jahrzehnten Firmen, Regierungen, internationale Institutionen und NGOs Vorgaben und Instrumente, welche die sozialen und ökologischen Auswirkungen von Unternehmenstätigkeiten verringern sollen. Viele Bergbauunternehmen haben zudem eigene Corporate Social Responsibility (CSR) Abteilungen aufgestellt, die eine nachhaltige Firmenverantwortung betonen und dieses Image in der Öffentlichkeit fördern sollen.

Internationale Initiativen zur Regulierung des Bergbausektors zielen bisher vornehmlich auf die Transparenz von Finanzströmen ab, gelten aber als wichtige Referenz in der Debatte um eine alternative Rohstoffpolitik. Zu diesen Initiativen zählen die Aktivitäten von NGOs wie Revenue Watch und Publish What You Pay oder die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI), der Dodd-Frank Act in den USA und die jüngsten Reformen der EU-Transparenz- und Rechnungslegungsrichtlinien. Während EITI eine rein freiwillige Initiative ist, verpflichten der Dodd-Frank-Act und die reformierten EU-Richtlinien Großunternehmen im extraktiven Sektor dazu, alle Zahlungen über 100.000 Dollar bzw. 100.000 Euro an Regierungen, aufgeschlüsselt nach Ländern und Projekten, zu veröffentlichen. Diese tragfähigen gesetzlichen Regelungen zeigen, dass staatliche Intervention unabdingbar ist, um Unternehmenshandeln mit politischen Rahmenbedingungen verbindlich regulieren und kontrollieren zu können.

Während hinsichtlich der finanziellen Transparenz also erste Fortschritte erzielt wurden, bleiben die sozialen, menschenrechtlichen und ökologischen Folgen des Bergbaus auf internationaler Ebene jedoch noch immer

weitgehend unreguliert. Dies, obwohl bekannte Initiativen wichtige Verhaltenskodizes für verantwortliche Unternehmenspraktiken enthalten.¹⁰¹ Sie beziehen sich auf internationale Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte und fordern Unternehmen auf, im Rahmen eines Risikomanagements tatsächliche und mögliche negative Handlungsfolgen ihrer Geschäftstätigkeiten zu identifizieren, zu vermeiden und im gegebenen Falle auch wiedergutzumachen. Die Sorgfaltspflichten beziehen sich dabei nicht nur auf die Kerngeschäfte der Unternehmen, sondern betreffen auch die Geschäftspartner und Lieferketten. Das größte Problem besteht allerdings darin, dass alle diese Initiativen und Instrumente nicht verbindlich sind. Ihre Umsetzung beruht auf dem guten Willen und der Selbstkontrolle der Unternehmen.

Das derzeitige System der unternehmerischen Selbstkontrolle trägt dazu bei, Sozial- und Umweltstandards zu verwässern. Durch fehlende Transparenz und mangelnde Nachprüfbarkeit werden freiwillige Standards zu einem Teil der Marketingstrategie und zur Imagepflege der Unternehmen degradiert, ohne tatsächlich in der Philosophie und den Tätigkeiten der Firmen aufzugehen. Regelmäßige Berichte über Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen von Bergbauunternehmen verstärken dieses Bild und zeigen, dass freiwillige Instrumente und Zertifikate versagt haben.

Es ist daher zwingend notwendig, Unternehmen in die Pflicht zu nehmen und über freiwillige Instrumente hinaus, verbindliche und global gültige Regeln für verantwortliches Unternehmenshandeln aufzustellen. Um Standards einen obligatorischen Charakter zu verleihen, müssen diese mit wirksamen Sanktionsmechanismen ausgestattet sein. Von Unternehmenstätigkeiten negativ betroffene Menschen und Organisationen der Zivilgesellschaft benötigen neutrale Beschwerdeinstanzen auf nationaler und internationaler Ebene, an die sie sich direkt wenden können und die mit genügend Kompetenzen und Mitteln ausgestattet sind, um objektive Prüfungen und gegebenenfalls rechtliche Maßnahmen einleiten zu können. Des Weiteren sollte das System der Selbstkontrolle durch unabhängige Monito-

101 OECD Leitsätze für multinationale Unternehmen, der Global Compact der Vereinten Nationen, die Performance Standards des IFC (International Finance Corporation), die Äquator Prinzipien sowie die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte.

ringinstrumente erweitert werden. Eine öffentliche und zivilgesellschaftliche Kontrolle wirtschaftlichen Handelns erhöht Transparenz und Glaubwürdigkeit und trägt dazu bei, soziale und ökologische Folgekosten von Wirtschaftsprojekten zu verringern.

Es darf nicht vorrangig die Aufgabe der Unternehmen oder mit ihnen verbundener internationaler Institutionen wie der Weltbank oder des IFC sein, verbindliche politische Rahmenbedingungen zur Stärkung der Menschenrechte und Umweltgesetze im Wirtschaftsbe- reich zu entwerfen und zu kontrollieren, sondern muss hauptsächlich in der Verantwortung staatlicher Institutionen liegen.

6.2 Die Bergbau-Debatte in Lateinamerika

Aufgrund der gravierenden sozialen und ökologischen Folgen wie auch der wirtschaftspolitischen Sackgasse, in die das Rohstoff-Exportmodell führt, wird in Lateinamerika seit einigen Jahren kritisch über die Rolle des Bergbaus für Gesellschaft und Wirtschaft debattiert. Diese Debatten spiegeln die heterogene Akteurs- und Interessenlage im Kontext der Bergbauproblematik wider und thematisieren vor allem das vorherrschende Entwicklungsmodell, die Kompetenz- und Steuerverteilungen zwischen dem Zentralstaat und den Regionen, das Mitbestimmungsrecht der lokalen Bevölkerung und die Umweltauswirkungen.

Während die mediale Berichterstattung in den Andenländern hauptsächlich dem Diskurs der Regierungen folgt und einseitig die wirtschaftlichen Vorteile des Bergbaus hervorhebt, findet eine pluralistische und kritische Auseinandersetzung mit dem Wirtschaftsmodell hauptsächlich über zivilgesellschaftliche Netzwerke oder wissenschaftliche Initiativen statt. OCMAL, ein Zusammenschluss von über 40 NGOs, dokumentiert sozial-ökologische Konflikte rund um den Bergbau und bietet eine Plattform für eine kritische Gegenöffentlichkeit. Es gibt in einigen Ländern Lateinamerikas auch staatliche Institutionen wie die Ombudsstelle für Menschenrechte oder Gerichte, die als Beschwerdestellen wichtige Arbeit leisten. Sie thematisieren und beanstanden mit Monitoring, Publikationen und Urteilen die strukturellen Menschenrechts- und Umweltdefizite bei Bergbauprojekten.

Vor allem im wissenschaftlichen Bereich hat sich die Forschung zu Alternativen zum bestehenden extraktiven Wirtschaftsmodell intensiviert. Dort löste sich die Diskussion um den Bergbau auch von der nationalen Ebene und führte in Lateinamerika zu einer grenz-

überschreitenden Debatte über einen Post-Extraktivismus. Damit ist ein Wirtschaftsmodell gemeint, dessen Grundlagen nicht auf Naturausbeutung beruht, sondern sich an sozialen und ökologischen Zielsetzungen orientieren soll. Akteure der lateinamerikanischen Zivilgesellschaften, Menschenrechts- und Umweltgruppen sowie kritische WissenschaftlerInnen¹⁰² versuchen Möglichkeiten für „Alternativen zu Entwicklung“ zu entwerfen. Anders als die von den neuen linken Regierungen eingeschlagenen alternativen Entwicklungen, verfolgen die „Alternativen zu Entwicklung“ eine Abkehr vom auf quantitatives Wirtschaftswachstum und rücksichtsloser Naturausbeutung beruhenden extraktiven Entwicklungsmodell. Die grundlegenden Ziele der „Alternativen zu Entwicklung“ im südamerikanischen Kontext sind Armutsverringerung und die ökologische Tragfähigkeit wirtschaftlicher Aktivitäten.¹⁰³ Diese beiden Ziele werden in der Debatte um den Post-Extraktivismus als gleichrangig betrachtet. Unter dem vorherrschenden Wirtschaftsmodell des bedingungslosen Wachstums wird die Naturzerstörung mit der Armutsbekämpfung gerechtfertigt, ohne zu berücksichtigen, dass ökologische Probleme immer soziale Probleme nach sich ziehen.

Obwohl mit der Regierungsübernahme der „Neuen Linken“ in vielen Ländern Lateinamerikas auch das Versprechen eines neuen Entwicklungsmodells einherging, setzten die neuen Regierungen weiterhin auf ökonomisches Wachstum auf Grundlage der Aneignung natürlicher Ressourcen. Kritische Stimmen aus der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft werfen den Regierungen vor, dass sie die Produktionsprozesse und ähnliche Marktbeziehungen der neoliberalen Vorgängerregierungen reproduzieren und somit dieselben sozialen und ökologischen Probleme verursachen. Die größten normativen Fortschritte im Hinblick auf ein neues Entwicklungsmodell waren die von der Zivilgesellschaft angestoßenen neuen Verfassungen in Ecuador und Bolivien, weil sie zwei ungewöhnliche Konzepte aufnahmen: das Prinzip des „Buen Vivir“ und der damit verbundenen Anerkennung der „Rechte der Natur“. Zwar wird damit ein wichtiger Anstoß zu Debatten um Wachstum und Wachstumskritik geboten, dennoch liegen in diesen beiden Staaten Verfassungswirklichkeit und politische Umsetzung weit auseinander.

In den beiden zentralamerikanischen Staaten El Salvador und Guatemala wurden ganz andere Fakten geschaffen: Als Reaktion auf gravierende Umweltfolgen und heftige soziale Proteste verhängten beide Länder ein Moratorium für neue Bergbauprojekte. Die zeitliche Suspendierung dieses Wirtschaftssektors soll solange

102 z. B. der uruguayische Soziologe Eduardo Gudynas, der ecuadorianische Ökonom Alberto Acosta, der peruanische Ökonom José de Echave und die argentinische Soziologin Maristella Svampa.

103 Gudynas (2012b).

gelten, bis neue Studien über die tatsächlichen Auswirkungen des Bergbaus auf Umwelt und Menschen vorliegen und eine Reihe zivilgesellschaftlicher Forderungen wie das Mitbestimmungsrecht der lokalen Bevölkerung bei geplanten Projekten erfüllt sind.¹⁰⁴

Notwendige wirtschaftliche Maßnahmen des Übergangs zu „Alternativen zu Entwicklung“ sind nach Gudynas, sowohl die Produktionsprozesse zu dematerialisieren und an die Fähigkeiten der Ökosysteme anzupassen als auch die Wirtschaft von rein quantitativen Zielen des wirtschaftlichen Wachstum zu entkoppeln. Die Wege zur Transition benötigen einen flexiblen und inklusiven Diskussionsprozess zwischen politischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie eine Stärkung der demokratischen Governance in den Abbau- und Verbraucherstaaten. Ziel der post-extraktivistischen Entwicklungsszenarien ist es, in Etappenschritten vom derzeitigen Modell des ausbeutenden zu einem „behutsamen“ und schließlich zum „unverzichtbaren“ Extraktivismus überzugehen. Wobei der erste Schritt zu einer behutsamen Rohstoffgewinnung bereits getan wäre, wenn bestehende ökologische und soziale Standards von den Unternehmen eingehalten, strenge Kontrollen durchgeführt, demokratische Mitbestimmungsrechte respektiert und eine angemessene Besteuerung der Rohstoffkonzerne umgesetzt würden.¹⁰⁵ Ein weiterer wichtiger Schritt, der viele Bergbauprojekte finanziell nicht mehr tragbar machen würde, wäre eine

realistische Kostenanalyse unter Einbeziehung der sozialen und ökologischen Kosten in die Rohstoffpreise (Internalisierung der Umweltkosten). Derzeit werden diese Folgekosten nicht von den Unternehmen getragen, sondern externalisiert und somit auf die Gesellschaften in den Abbauländern umgelegt.

Um ein Wirtschaftsmodell zu etablieren, das sich nach sozialen und ökologischen Zielsetzungen richtet und als Teil einer Alternative zu Entwicklung begriffen werden kann, müsste die Rohstoffausbeutung auf ein ökologisch vertretbares Mindestmaß verringert werden. Dieser „unverzichtbare“ Extraktivismus müsste nach Ansicht der TheoretikerInnen eines post-extraktivistischen Wirtschaftsmodells direkt mit nationalen und regionalen Produktionsketten verbunden sein und wäre nicht mehr primär auf den Export, sondern auf eine nationale und kontinentale Nachfrage und somit auf eine Diversifizierung der lateinamerikanischen Ökonomien ausgerichtet.¹⁰⁶

104 Bebbington (2013).

105 Vgl. Gudynas, de Echave, Monge, Svampa.

106 Gudynas (2012b).



„Jugend, Arbeit und Entwicklung für ein Intag ohne Kontamination. Nein zum Bergbau!“ Protestschild gegen Bergbauprojekte im Intag/Ecuador. (Dawn Paley/Flickr)

7 Schlussfolgerung

Lateinamerika entwickelte sich in den letzten zwanzig Jahren zu der weltweit wichtigsten Abbauregion für Rohstoffe. Vor allem der Bergbau erweist sich als Magnet für ausländische Investitionen. Und das auch in Ländern, in denen dieser Wirtschaftssektor bis dahin eine eher geringe wirtschaftliche Rolle spielte, wie in Kolumbien, Argentinien und Ecuador. Der mit dem Bergbauboom einhergehende Kapitalstrom bescherte den Andenländern eine hohe Exportquote bei unverarbeiteten Rohstoffen, ein stabiles Wirtschaftswachstum sowie offiziell sinkende Armutszahlen. Allerdings stößt das auf Rohstoffausbeutung ausgerichtete Wirtschaftsmodell an seine ökologischen Grenzen und provoziert immer mehr soziale Proteste, die den ökonomischen Preis der Bergbauprojekte erhöhen und den sozialen Frieden in den Abbauländern gefährden. Es stellt sich daher zwangsläufig die Frage nach der wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit des extraktiven Entwicklungsmodells.

Die starke Exportabhängigkeit der lateinamerikanischen Länder und die einseitige Konzentration auf den extraktiven Wirtschaftssektor führen in eine ökonomische Sackgasse, wenn die Abbauländer die Gewinne aus dem Bergbau nicht in eine Diversifizierung ihrer Wirtschaftsstrukturen investieren. Mineralische Rohstoffe sind nicht endlos verfügbar, die natürlichen Grenzen des Rohstoffmodells machen mittelfristig ein wirtschaftliches Umdenken notwendig. Die starke Abhängigkeit vom Weltmarkt macht die Andenländer an-

fällig für externe Krisen, schränkt ihre wirtschaftlichen Handlungsspielräume ein und legt sie weiterhin auf die Rolle der reinen Rohstofflieferanten fest. In den meisten Andenländern fehlt ein Grundkonsens sowie eine langfristige Strategie, um die Rolle des Bergbaus für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung zu definieren. Eine integrierte Wirtschaftspolitik sollte auf eine engere Verknüpfung des Rohstoffsektors mit lokalen und regionalen Wirtschaftsstrukturen abzielen, um die Exportabhängigkeit der lateinamerikanischen Ökonomien zu verringern und regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken.

Um die mit der Rohstoffförderung verbundenen Problemlagen wirksam eingrenzen zu können, müssten institutionelle Voraussetzungen geschaffen werden, die das Ziel einer an Nachhaltigkeitskriterien orientierten, demokratisch legitimierten staatlichen Rohstoffpolitik widerspiegeln. Dies bezieht sich beispielsweise auf die Stärkung der staatlichen wie zivilgesellschaftlichen Kontrollmöglichkeiten bei der Vergabe der Bergbaulizenzen und der Umverteilung der Bergbaugewinne oder einer Kompetenzverlagerung zugunsten regionaler Behörden und der Umweltministerien in den Abbauländern.

Aufgrund mangelnder Landnutzungsplanung bei der Vergabe von Abbaugenehmigungen stehen Bergbauprojekte oft in Konkurrenz zu bestehenden Flächennutzungen. Sie gefährden die territoriale Integrität traditioneller Gemeinden und von ökologisch sensiblen Gebieten. Wenn der Bergbau lokale Existenzgrundla-



Andenhochland im Norden Perus noch ohne Bergbau. (David Vollrath)

gen verdrängt, der Bevölkerung das Recht auf Selbstbestimmung sowie eine Teilhabe an den Gewinnen von Bergbauprojekten verwehrt wird, entstehen soziale Konflikte fast zwangsläufig. Um das bestehende hohe Konfliktpotenzial im Zusammenhang mit Bergbauprojekten abzubauen, sollten staatliche Institutionen und Unternehmen die Bevölkerung durch transparentes Handeln, den Austausch von Informationen und partizipative Strukturen in Projektplanungen einbinden. Anstatt BergbaukritikerInnen zu kriminalisieren und dadurch die gesellschaftliche Polarisierung weiter zu fördern, bedarf es einer offenen und pluralistischen Debatte über die sozialen und ökonomischen Aufgaben des Bergbaus in den Abbauländern. Das internationale Recht gibt unter anderem mit dem Konsultationsrecht der ILO 169 Lösungsansätze vor, die bereits von den Andenländern ratifiziert wurden, deren Übertragung in nationales Recht und konsequente Umsetzung aber nach wie vor auf sich warten lässt.

Dass ein Problembewusstsein über die sozialen und ökologischen Gefahren des Bergbaus bei den entscheidenden und handelnden Akteuren vorhanden ist, zeigen die zahlreichen Nachhaltigkeits- und Regulierungsinitiativen auf internationaler, nationaler und privatwirtschaftlicher Ebene. Allerdings haben die freiwilligen Standards und Initiativen in der praktischen Umsetzung versagt.

Die Einführung verbindlicher Regeln und Gesetze scheiterten bisher vor allem an der effektiven Lobbyarbeit von Unternehmen bzw. am fehlendem politischen Willen. Die meisten der in den Andenländern aktiven Bergbaufirmen sind in den Industrienationen ansässig und ein hoher Anteil der Rohstoffexporte ist für den europäischen Markt bestimmt. Regulatorische Aufgaben können daher nicht allein in der Verantwortung der Regierungen in den Abbauländern liegen. So stehen insbesondere die EU und die Regierungen Europas in der Pflicht, Unternehmen und Finanzinstitute der Bergbaubranche gemäß internationaler Menschenrechts- und Umweltstandards gesetzlich zu regulieren und zu kontrollieren, um die negativen Folgewirkungen des Bergbaus in den Exportstaaten zu minimieren. Eine sozial-ökologisch verantwortliche und demokratisch legitimierte Rohstoffpolitik verlangt auch in den Industrienationen wie Deutschland eine offenere und transparentere Debatte zwischen der Regierung, Unternehmen und der Zivilgesellschaft.¹⁰⁷

Die Verbesserung der Ressourceneffizienz und die Reduktion des Rohstoffverbrauchs in den Industrienationen stehen bereits auf der offiziellen politischen Agenda. Ein ökologisches Umsteuern und eine Abkehr von einer Politik, die auf permanentes quantitatives Wirt-

schaftswachstum und eine weitere Liberalisierung der Rohstoffmärkte setzt, ist damit jedoch nicht verbunden. So wird der globale Ressourcenverbrauch stetig weiter steigen und mit ihm die sozialen und ökologischen Folgekosten, die insbesondere von den Menschen in den Abbauländern getragen werden. Eine Voraussetzung dafür, dass sich deren Situation zum Besseren wenden kann, wäre eine radikale Änderung des Produktions- und Konsummodells in den industrialisierten Ländern. Dies muss letztlich als zielführender Leitgedanke im Zentrum der Debatte über eine zukunftsfähige Rohstoffpolitik stehen.

107 3 Punkte Forderung des Arbeitskreis Rohstoffe: http://alternative-rohstoffwoche.de/wp-content/uploads/2014/03/forderungspapier_web-1110-2013.pdf.

8 Literatur

- Acosta, Alberto (2012): Rohstoffreichtum. Der Fluch der Demokratie, in: Nueva Sociedad, 6/2012.
http://www.nuso.org/upload/articulos/3868_1.pdf
- Bebbington, Anthony (2013): Underground Political Ecologies, in: Alles muss raus! Konfliktfeld Bergbau, Peripherie Nr. 132, S. 402–423.
- Bebbington, Anthony, u.a (2008): Mining and Social Movements: Struggles over livelihood and rural territorial development in the Andes, in: World Development, Vol. 36, Nr. 12, S. 2888–2905.
<http://people.ucsc.edu/~jbury/Publications/Bebbington,%20Bury%20et%20al,%202008,%20Mining%20and%20social%20movements,%20World%20Development.pdf>
- Bebbington, Anthony /Bury, Jeffrey (2009): Federating and defending: water, territory and extraction in the Andes. http://www.sed.manchester.ac.uk/research/andes/publications/papers/Bebbingtonetal_OutofMainstream_Earthscan.pdf
- BGR (2012): Deutschland – Rohstoffsituation 2012. http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Min_rohstoffe/Downloads/Rohsit-2012.pdf?__blob=publicationFile&v=11
- BMWi (2010): Rohstoffstrategie der Bundesregierung. Sicherung der Versorgung Deutschland mit nicht-energetischen mineralischen Rohstoffen.
<http://www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/rohstoffstrategie-der-bundesregierung>
- Brand, Ulrich/Dietz, Katarina (2013): Dialektik der Ausbeutung. Der neue Rohstoffboom in Lateinamerika, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2013.
- Ciuffoni, María A./de la Vega, Candela (2013): Konfliktivität und Territorium: Reflexionen über Bergbaukonflikte in Argentinien, in: Peripherie, Alles muss raus! Konfliktfeld Bergbau, Nr. 132, S. 425–444.
- Comisión Interamericana de Derechos Humanos (2014): El impacto de la minería canadiense en America Latina y la responsabilidad de Canada.
http://www.dplf.org/sites/default/files/informe_canada_resumen_ejecutivo.pdf
- Consiglieri, Jaime/ Fernandez, Wilfredo (2012): Apurímac, la gestión del territorio y la minería, in: Anales Seminario Internacional. Desarrollo territorial y extractivismo. Luchas y alternativas en la Región Andina. <http://www.cbc.org.pe/documentos/extractivismo.pdf>
- Dahlmann, Anja /Mildner, Stormy-Annika (2012), Rohstoffpartnerschaften kein Garant für Versorgungssicherheit und Entwicklung. SWP Aktuell 2012/A.
http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2012A16_mdn_dnn.pdf
- DGCN (2014), UN-Leitlinien für Wirtschaft und Menschenrechte. Umsetzung des Rahmens der Vereinten Nationen. Schutz, Achtung und Abhilfe. http://www.globalcompact.de/sites/default/files/themen/publikation/leitprinzipien_fuer_wirtschaft_und_menschenrechte_2._auflage.pdf
- Dietz, Kristina (2013): (Neo-) Extraktivismus, in: Peripherie, Alles muss raus! Konfliktfeld Bergbau, Nr. 132, S. 511–513.
- Germanwatch/Misereor (Hg.) (2014): Bericht 2014. Globales Wirtschaften und Menschenrechte. Deutschland auf dem Prüfstand. http://www.misereor.de/fileadmin/redaktion/Globales_Wirtschaften_Bericht_MISEREROR_German_Watch.pdf
- Eich, Dieter/ Leonard, Ralf (2012): Umkämpfte Rohstoffe. Märkte, Opfer, Profiteure. Erklärung von Bern (Hg.) (2012), Rohstoff. Das gefährlichste Geschäft der Schweiz.
- Facing Finance (2012): Dirty Profits 2, Report on Companies and Finance Institutions Benefiting from Violations of Human Rights. http://www.facing-finance.org/files/2013/12/DIRTY_PROFITS_II.pdf
- Fritz, Thomas (2010): Die zweite Eroberung: Das EU-Freihandelsabkommen mit Kolumbien und Peru. http://fdcl-berlin.de/fileadmin/fdcl/Publikationen/EU_Trade/Die_zweite_Eroberung_DE.pdf
- Grillo, Ulrich (2007): Die Erwartungen der Industrie an eine strategische Rohstoffpolitik. In: Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.: Rohstoffsicherheit – Anforderungen an Industrie und Politik. 2. BDI-Rohstoffkongress am 20. März 2007 in Berlin. Ergebnisbericht der BDI-Präsidialgruppe „Internationale Rohstofffragen“. BDI Drucksache Nr. 395. Berlin: Industrie Förderung GmbH.
<http://www.braunkohle-forum.de/files/bdi-rohstoffbericht.pdf>
- Gudynas, Eduardo (2012a): Der neue progressive Extraktivismus in Südamerika, in: FDCL/RLS (Hg.): Der neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika.
http://fdcl-berlin.de/fileadmin/fdcl/Publikationen/Der_Neue_Extraktivismus/Der_Neue_Extraktivismus_web.pdf

- Gudynas, Eduardo (2012b): Post-Extraktivismus und Transitionen auf dem Weg zu Alternativen zu Entwicklung, in: FDCL/RLS (Hg.): Der neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. http://fdcl-berlin.de/fileadmin/fdcl/Publikationen/Der_Neue_Extraktivismus/Der_Neue_Extraktivismus_web.pdf
- Gudynas, Eduardo (2012c): Hay alterbativas al extractivismo. Transiciones para salir del viejo desarrollo. <http://www.extractivismo.com/documentos/TransicionesSalirViejoDesarrolloRedGE12.pdf>
- Gudynas, Eduardo (2012d): Estado compensador y nuevos extractivismos. Las ambivalencias del progresismo sudamericano, in: Nueva Societas, 237/2012. http://www.nuso.org/upload/articulos/3824_1.pdf
- Hernández, Salvador M. (2013): El Conflicto Mapuche y la Aplicación de la Ley Antiterrorista en Chile. http://www.academia.edu/3797840/El_Conflicto_Mapuche_y_la_Aplicación_de_la_Ley_Antiterrorista_en_Chile
- Henkel, Knut (2014a): Wenn ein Unternehmen ein Staat im Staate wird, Lateinamerikanachrichten 486/2014.
- Henkel, Knut (2014b): Kampf um Ressourcen. Deutschland gräbt sich in die Anden, in: taz.de <http://www.taz.de/!142340/>
- Hilpert, Hanns G./ Mildner, Stormy-Annika (Hg.) (2013): Nationale Alleingänge oder internationale Kooperation. Analyse und Vergleich der Rohstoffstrategien der G20-Staaten. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2013_S01_hlp_mdn.pdf
- ICMM (2014): The role of mining in national economies. <http://www.icmm.com/document/7950>
- Jäger, Johannes/ Leubolt, Bernhard (2011): Reprimarisierung als neue Entwicklungsstrategie in Lateinamerika?, in Kurswechsel Nr. 3/2011, S. 59–68. <http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Reprimarisierung.pdf>
- Lambert, Tobias (2012): Bergbauboom mit Nebenwirkungen. Rohstoffsicherung für Deutschland und die EU – Probleme in Kolumbien und Peru. http://land-grabbing.de/fileadmin/landnahme/illu/Rohstoffpapier_Tagung_26Okt2012_to_screen.pdf
- Laplante, Lisa J./ Spears, Suzanne A. (2008): Out of the conflict zone: The case of community consent processes in the extractive sector.
- PWC (2012): Mining in the Americas. http://www.pwc.com/en_CA/ca/mining/publications/pwc-mining-in-the-americas-2012-03-en.pdf
- REPRISK (2012): The ten most controversial mining companies of 2011. http://www.reprisk.com/downloads/specialreports/23/Top%2010%20Most%20Controversial%20Mining%20Companies_RepRisk%20150312.pdf
- Saunders, Sakura (2013): Debunking Barrick. http://protestbarrick.net/downloads/DebunkBarrick-Report_fnl_web_single.pdf
- Schilling-Vacaflor, Almut/Flemmer, Riccarda (2013): Das Recht auf vorherige Konsultation. Rechtsnormen, Praxis und Konflikte in Lateinamerika. http://www.giga-hamburg.de/sites/default/files/md_pdf/1303_destradi_konferenzbericht.pdf
- Schilling-Vacaflor, Almut/ Vollrath, David (2012): Indigenous and peasant participation in resource governance in Bolivia and Peru, in: Barry, Cannon/ Kirby, Peadar (Hg.): Civil Society and the state in left-led Latin America, London/ New York.
- Schwarz, Rüdiger (2011): Nationale Rohstoffstrategie. Wie Deutschland international wieder ins Spiel kommt. [https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/DBEBAC680B22049CC125794B00509B99/\\$file/2011_nationale%20rohstoffstrategie%20-%20rüdiger_schwarz_welttrends%2080.pdf](https://www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/DBEBAC680B22049CC125794B00509B99/$file/2011_nationale%20rohstoffstrategie%20-%20rüdiger_schwarz_welttrends%2080.pdf)
- Svampa, Maristella (2013): Bergbau und Neo-Extraktivismus in Lateinamerika, in: FDCL/RLS (Hg.): Der neue Extraktivismus. Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika. http://fdcl-berlin.de/fileadmin/fdcl/Publikationen/Der_Neue_Extraktivismus/Der_Neue_Extraktivismus_web.pdf
- Svampa, Maristella (2013b): Resource extractivism and alternatives: Latin American perspective on development, In: Lang, Miriam/ Mokrani Dunia (Hg.), Beyond development. Alternative visions from Latin America. http://rosalux-europa.info/userfiles/file/Beyond_Development_RLS_TNI_2013.pdf
- Willaarts, Bárbara A./Garrido, Alberto (2014): Water for Food Security and Well-being in Latin America and the Caribbean: Social and Environmental Implications for a Globalized Economy. http://www.fundacionbotin.org/89dguuytdfr276ed_uploads/Observatorio%20Tendencias/PUBLICACIONES/LIBROS%20SEM%20INTERN/water%20for%20food%20security/capitulo1.pdf
- Zilla, Claudia (2015): Ressourcen, Regierungen und Rechte. Die Debatte um den Bergbau in Lateinamerika. Berlin. http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/studien/2015_S01_zll.pdf

Zimmer, Reingard (2011), Das Nachhaltigkeitskapitel im bilateralen Freihandelsabkommen der Eu mit Kolumbien und Peru. Gutachten.
http://www.igbau.de/Binaries/Binary13069/Gutachten_Reingard_Zimmer1.pdf

Internet:

<https://netzpolitik.org/2014/eu-versus-ecuador-geheime-dokumente-zeigen-wie-bei-verhandlungen-von-freihandelsabkommen-druck-gemacht-wird/>
<https://www.diagonalperiodico.net/global/24183-la-ue-chantajeo-ecuador-para-firmase-tlc.html>
http://www.igbau.de/Binaries/Binary13069/Gutachten_Reingard_Zimmer1.pdf
<http://fdcl-berlin.de/aktuelles/2013/kampagne-gegen-das-fta-eu-kolumbien-und-peru/>
<http://www.bpb.de/internationales/amerika/lateinamerika/44924/bergbau-in-lateinamerika?p=all>
<http://www.colombiatrade.com.co/herramienta/estadisticas-exportacion/importacion-sectores>
<http://colombiareports.co/injustice-colombia-mining-royalties/>
<http://gestion.pe/multimedia/imagen/2096134/46380>
<http://www.tradingeconomics.com/colombia/gdp-growth-annual>
<http://www.economist.com/news/business/21576714-mining-industry-has-enriched-chile-its-future-precarious-copper-solution>
<http://www.infostelle-peru.de/web/10-thesen-zum-informellen-goldabbau-in-peru/>
<http://centromemoria.gov.co/el-embudo-minero-criminalizar-al-pequeno-y-proteger-la-ilegalidad-del-grande/>
http://www.blickpunkt-lateinamerika.de/news-details/article/interview-goldschuerfer-bald-wie-drogenhaendler-kriminalisiert/3453/drogen.html_no_cache=1&cHash=4b91de0d0d0917de3351a3355d7665f8
<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/internat/uich0037.html>
<http://vox-populi.com.co/senador-robledo-pide-a-paises-andinos-no-apoyar-a-colombia-en-criminalizacion-de-pequenos-mineros/>, am 11.12.2014.
http://www.bbc.co.uk/mundo/noticias/2013/10/130927_economia_multinacionales_tierras_indigenas_mj
<http://pubs.usgs.gov/of/2012/1089/pdf/ofr2012-1089.pdf>
http://pubs.usgs.gov/of/2012/1085/pdf/ofr2012-1085_v1-1.pdf
<http://ejatlas.org/conflict/manantial-espejo-open-cast-mine-argentina>
<http://phys.org/news/2012-02-latin-america-boom-clashes.html>
<http://fdaccajamarca.blogspot.de/2011/09/el-problema-del-agua-en-cajamarca.html>,
<http://www.larepublica.pe/13-01-2012/cajamarca-soporta-la-escasez-y-el-rationamiento-de-agua-potable>
<http://tragua.com/wp-content/uploads/2012/11/Veredicto-proyecto-Conga-Perú-VI-Audiencia-TLA-20121.pdf>
<http://consciencia.net/argentina-aplican-la-ley-antiterrorista-a-la-protesta-social-contra-la-actuacion-de-la-mineria-quimica-a-cielo-abierto/>
<http://www.accionecologica.org/criminalizados/articulos/1487-ecuador-criminalizacion-de-la-protesta-social-en-tiempos-de-revolucion-ciudadana>
<http://blogs.publico.es/otrasmiradas/1061/asesinada-por-oponerse-a-la-mineria/>
<http://www.fian.ch.org/debatte-im-un-menschenrechtsrat-zu-den-guiding-principles-fur-wirtschaft-und-menschen-rechte-1449.html>
<http://www.barrick.com/responsibility/csr-advisory-board/>
http://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=NORMLEXPUB:12100:0::NO:12100:P12100_INSTRUMENT_ID:312314:NO
<https://www.culturalsurvival.org/ourpublications/csq/article/community-consultation-mining>

Weitere Informationen und Publikationen des Forschungs- und Dokumentationszentrums Chile-Lateinamerika e. V.

im Internet unter: www.fdcl.org





Herausgeber:

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e. V. – FDCL
Gneisenaustraße 2a, D-10961 Berlin, Germany

Fon: +49 30 693 40 29 / Fax: +49 30 692 65 90

eMail: info@fdcl.org | Internet: <http://www.fdcl.org>

Bergbau-Boom in Lateinamerika: Problemlagen, Konflikte und Regulierung
David Vollrath | FDCL | Berlin, Dezember 2014

ISBN: 978-3-923020-65-2